Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 35,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,— M., für das übrige Ausland 87,— M.

Dienstag, den 9. Mai 1922

5. Jahrg. Nummer 209

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Alarmruf

## gegen die drohenden Arbeiter-Knebelungs-Gesetze

In allen kapitalistischen Staaten geht das Unternehmertum jetzt über zu einem Generalangriff auf die Lebensbedingungen des Proletariats. In England erfolgt in einer Industrie nach der andern ein systematischer Abbau der Löhne, der durch Riesenaussperrungen erzwungen wird. In Deutschland geschieht die Lohnherabsetzung durch den wahnsinnigen Preiswucher und die fortgesetzte Geldentwertung, hinter denen alle Erfolge der Lohnkämpfe ständig weiter zurückbleiben. Daneben gehen unausgesetzte Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Tendenz aller dieser Angriffe auf die Existenzbedingungen des Proletariats ist darauf gerichtet, die Herrschaft des Kapitalismus, die durch den Weltkrieg erschüttert war, fester und umfassender wieder aufzurichten als je zuvor, um das Proletariat versklaven und rücksichtslos ausbeuten zu können. Die kapitalistischen Regierungen und Parlamente leisten dabei Helferdienste. Das wochenlange Feilschen und Schachern in Genua hat letzten Endes zum Ziel eine Verständigung des Weltkapitals über eine gemeinsame Ausbeutung des Weltproletariats, über ein Weltmonopol der kapitalistischen Räuber und Plünderer aller Länder.

Die deutsche Koalitionsregierung, die völlig beherrscht wird von der hohen Bürokratie und deren großkapitalistischen Hintermännern, muß gegenwärtig die Firma hergeben für einen

**großangelegten Feldzugsplan des deutschen Kapitalismus**

auf die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution und auf die Grundrechte der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Nicht offen und brutal wie vor Jahren bei der Umsturz- und der Zuchthausvorlage, tritt man mit diesem Plan hervor. Dadurch würde man sofort das ganze Proletariat zu einheitlicher, geschlossener Gegenwehr aufrütteln. Deshalb arbeitet man mit Hinterhältigkeit, Heimtücke und schleichender Niedertracht.

Man kleidet das große Attentat auf das Proletariat in das harmlose Gewand eines „neuen Arbeitsrechts" und kommt nur bruchstückweise damit heraus. Die Arbeiter sollen die Zusammenhänge, den Gesamtplan nicht erkennen und sich nach und nach eine Fessel nach der anderen anlegen lassen, ohne zu merken, daß sie in ein Netz von Fallstricken eingesponnen werden. Diese gefährliche Absicht droht zu gelingen, wenn nicht die freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die drei sozialistischen Parteien das ganze Proletariat rechtzeitig aufrufen und mobilisieren zur Bildung einer Einheitsfront der Abwehr gegen den reaktionären Rattenkönig der geplanten Anti-Arbeiter-Gesetze.

Nicht weniger als neun Sondergesetze sollen dazu dienen,

**den Achtstundentag zu beseitigen.**

Es sind dazu geplant je ein Sondergesetz für gewerbliche Arbeiter, für Angestellte, für kleine Familienbetriebe, für die Bergarbeiter, für die Krankenpflege, für Hausgehilfen, für das Verkehrsgewerbe, für die Fischereibetriebe, für die Seeleute. Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche" will man das Proletariat in Gruppen spalten und für sie die Arbeitszeit verschieden regeln. Diese Sondergesetze bringt man einzeln heraus und sucht sie unauffällig in Abständen nacheinander durch die Parlamente, Reichswirtschaftsrat und Reichstag, zu bringen. So hofft man, das Proletariat spalten und düpieren zu können. Alle diese Gesetze versichern heuchlerisch, den Achtstundentag nicht antasten zu wollen, aber sie wimmeln geradezu von Bestimmungen, die Ausnahmen, das heißt Verlängerungen der Arbeitszeit rechtfertigen sollen, so daß schließlich die Ausnahme zur Regel wird, der Achtstundentag in der Praxis aufgehoben ist.

Neben dem Attentat auf den Achtstundentag droht ein

**Attentat auf das Koalitions- und Streikrecht**

durch die sogenannte „Schlichtungsordnung", deren erste Lesung im Reichstage demnächst bevorsteht. Auch bei diesem Gesetz tritt wieder das Prinzip des „Teile und herrsche" hervor. Man plant Sonderregelung für Arbeiter, für Angestellte, und für das Personal der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe. Das Gesetz verpflichtet die Gewerkschaften, erst die vorgesehenen Einigungs- und Schlichtungsämter anzurufen, ehe ein Streik proklamiert werden darf. Dadurch wird den Gewerkschaften die Wahl des günstigsten Zeitpunktes für einen Streik und das Streiken überhaupt ungemein erschwert. Das ist der Hauptzweck des Gesetzes, ein Zweck, dem zahlreiche Einzelvorschriften dienen. Für „gemeinnützige" Betriebe sind noch besondere Erschwernisse vorgesehen. Zuwiderhandlungen werden mit Geld und Gefängnisstrafen bedroht. Die Väter der Schlichtungsordnung waren sich aber darüber klar, daß mit diesen Bestimmungen allein der beabsichtigte Zweck, das Streikrecht zu einem „Messer ohne Heft und Klinge" zu machen, noch nicht erreicht werden kann.

Um in die Schlichtungsordnung nicht allzuviel Angriffsflächen hineinzubringen und sie nicht zu sehr zu belasten, hat man die weiteren Knebelungsbestimmungen in zwei weitere gesonderte Gesetze hineingebracht, zunächst in ein

**Gesetz über Arbeitskämpfe und Berufserklärungen.**

Dieses Gesetz verbietet den Streik in lebenswichtigen Betrieben, führt den Arbeitszwang ein, verpflichtet zum Streikbruch in anderen ähnlichen Betrieben und droht „Haft gegen unbotmäßige Personen" an. Damit soll der Streik bei der Eisenbahn, der Post, der Straßenbahn, in den Elektrizitätswerken, den Gaswerken, Wasserwerken usw. unmöglich gemacht werden.

Aber das genügt den von den Scharfmachern inspirierten Geheimräten im Reichsarbeitsministerium noch nicht. Sie wollen den Streik ganz allgemein unmöglich machen. Diesem Zweck soll das

**Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine**

im besonderen dienstbar gemacht werden. Dieses Gesetz ist direkt gegen den sozialistischen Geist der deutschen freigewerkschaftlichen Bewegung gerichtet. Es verbietet den Gewerkschaften jede politische Betätigung und sucht sie zu wirtschaftsfriedlichen gelben Organisationen zu machen. Politische Streiks der Gewerkschaften wie beim Kapp-Putsch, Aktionen gegen den Lebensmittelwucher, für die Erfassung der Sachwerte, in der Steuerfrage usw. sollen unmöglich gemacht werden. Dazu kommen ganz ungeheuerliche Eingriffe in die innere Organisation und die Selbstverwaltung der Gewerkschaften. Für das aktive und passive Wahlrecht wird ihnen ein Mindestalter vorgeschrieben. Jedes Gewerkschaftsmitglied soll gegen Gewerkschaftsbeschlüsse vor bürgerlichen Gerichten klagen können. Die Gerichte sollen über Ausschlüsse aus den Gewerkschaften entscheiden. Die Gewerkschaften sollen gezwungen werden, jedem Austretenden seine Beiträge zurückzuzahlen. Mindestens ihr halbes Vermögen sollen sie als Unterstützungsfonds anlegen. Für Streiks, vor deren Ausbruch nicht gemäß der Schlichtungsordnung die Schlichtungsstellen angerufen worden sind, sollen die Gewerkschaften finanziell haftbar gemacht werden. Das alles sind ganz bösartige Attentate auf den Kampfcharakter der Gewerkschaften, die den einmütigen Widerstand des gesamten Proletariats hervorrufen müssen.

Zu all diesen Schamlosigkeiten kommt hinzu das Bestreben,

**die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufzuheben**

und an ihre Stelle „Arbeitsgerichte" bei den ordentlichen Gerichten einzuführen, die Rechtsprechung in gewerblichen Streitigkeiten den Klassengerichten des kapitalistischen Staates auszuliefern. Ein Gesetz über den Arbeitsnachweis, das die Maßregelungsnachweise der Unternehmer bestehen lassen will, wird bereits in einer Reichstagskommission beraten. Die Erwerbslosenfürsorge soll durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, wobei die Arbeiter einmal direkt und zweimal indirekt je ein Drittel, also die Gesamtheit der Lasten tragen sollen. Dagegen wird die dringend notwendige Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestellten-Versicherung nach wie vor sabotiert.

So werden von allen Seiten die Lebensinteressen und die Grundrechte der Arbeiter unterwühlt und bedroht. Bisher sind zwar in der gewerkschaftlichen und politischen Presse der sozialistischen Arbeiterschaft Kritiken und Proteste gegen die Einzelgesetze veröffentlicht worden, im Reichswirtschaftsrat haben die Gewerkschaftsvertreter versucht, bei den dort bisher verhandelten Gesetzen die schlimmsten Bestimmungen zu beseitigen und zu mildern, aber das Gros der freigewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeiter ist sich bis heute noch nicht der ungeheuren Gefahr hinreichend bewußt, die dem Proletariat von all diesen Anti-Arbeiter-Gesetzen droht. Es genügt nicht, daß die gewerkschaftlichen und sozialistischen Vertreter im Reichswirtschaftsrat und im Reichstage allein den Kampf führen, während die Massen gleichgültig und teilnahmslos bleiben. Das deutsche Proletariat darf nicht dulden, daß es stückweise durch die Sonder- und Einzelgesetze entrechtet und geknebelt wird. Es muß in einheitlicher geschlossener Front dem großangelegten Kriegsplan des Kapitalismus in seiner Gesamtheit entgegentreten. In energischem konzentrischen Vorgehen müssen Gewerkschaften und Parteien den Massendruck des deutschen Gesamtproletariats hinter seine Vertreter in den Parlamenten setzen. Ueberall im Lande müssen die Arbeiter in Massenversammlungen aufgerufen werden.

Hier ist

**die Basis für die Einheitsfront des Proletariats**

im Kampfe um seine elementarsten Rechte. Was es hier abzuwehren gilt, ist zehnmal schlimmer als die Gefahren, die weiland durch Umsturzvorlage und Zuchthausvorlage dem Proletariat drohten. Der Kapitalismus geht aufs Ganze, es ist hohe Zeit, daß das Proletariat endlich als Klasse auf den Plan tritt. Nicht in sinn- und ziellosen Exzessen, sondern in disziplinierter einheitlicher Zusammenfassung zu einem Einheitsblock, der seine Stellung im Produktionsprozeß und sein Schwergewicht in der Politik in organischer Einheit zu verbinden und einzusetzen versteht, um den hinterhältigen General-Angriff des Kapitalismus auf das Proletariat abzuschlagen.

**Möge dieser Alarmruf das deutsche Proletariat aufrufen zum Kampfe.**

## Der redselige „Vorwärts"

Während der „Vorwärts" sich in allen Sprachen ausschweigt über die Kritik seines Parteigenossen Ströbel an der Kompromiß- und Koalitionspolitik seiner eigenen Partei, wird er immer sehr redselig, sobald ein Genosse der USP. irgendwo etwas schreibt, was sich polemisch gegen die USP. oder die „Freiheit" ausnutzen läßt. So holt er jetzt aus einem Artikel, den unser Genosse Schöning in Zittau in der „Leipz. Volksztg." veröffentlichte, einzelne Absätze heraus und sucht damit Stimmung für seine Partei zu machen. Gen. Schöning glaubt, daß nach einer Wiedervereinigung unserer mit der rechtssozialistischen Partei die Koalitionsfrage ein anderes Gesicht bekomme, denn eine Partei mit 192 Mandaten im Reichstage könnte sich seiner Meinung nach auch in der Regierung den nötigen Einfluß sichern. Offenbar nimmt Genosse Schöning an, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien dann so demokratisch sein würden, der großen Partei freiwillig die Mehrheit der Regierungssitze einzuräumen. Der „Vorwärts" weiß, daß das ein Irrtum ist und Demokraten und Zentrum eher mit den Deutschnationalen den Bürgerblock machen werden.

Schöning schreibt weiter, daß „wir zu jeder Zeit nicht mehr erreichen können, als in unserer Macht liegt." Das glaubt der „Vorwärts" als Rechtfertigung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik ansprechen zu können. Dabei vergißt der „Vorwärts", daß man seine Macht ausnutzen muß, um festzustellen, was man erreichen kann, das aber tun ja die Rechtssozialisten nicht. Wenn der „Vorwärts" zum Schlusse meint, wenn solche Auffassungen wie die Schönings „von jeher in der USP. geherrscht hätten, so wäre es niemals zur Parteispaltung gekommen", so sind wir gern bereit, den unwissenden Redakteuren des „Vorwärts" einmal ein Licht darüber aufzustecken, daß es im Kriege zur Spaltung kam, weil sich Ebert und Genossen von ihren bürgerlichen Kompromißfreunden ins Schlepptau nehmen ließen und die Parteispaltung der Rückkehr zu selbständiger sozialistischer Politik vorzogen. Daran sollte der „Vorwärts" deshalb lieber nicht erinnern.

In derselben Nummer stellt der „Vorwärts" die alberne Frage, ob die USP. das polizeiliche Vorgehen am 1. Mai in Leipzig ebenso beurteile wie die Polizeiattacke vom 2. Mai vor dem Berliner Rathaus. Das Blatt stützt sich dabei auf eine kommunistische Anfrage im Sächsischen Landtage, wonach es in Leipzig 16 Schwerverwundete gegeben habe. Sonderbar, daß dem „Vorwärts" solche kommunistische Behauptungen plötzlich lautere Wahrheit sind, während er sie im Berliner Falle für erlogen erklärt. Der „Vorwärts" möchte schließlich wissen, ob wir gegen Lipinski dieselbe Haltung einnehmen würden wie gegen Severing im Preußischen Landtage. Wenn der Fall im Sächsischen Landtage behandelt wird, wird diese Neugierde des „Vorwärts" gestillt werden, solange wird er sich noch gedulden müssen.

## Zum süddeutschen Metallarbeiterstreik

Der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes tagte am 7. Mai im Gewerkschaftshaus in Berlin, um zu dem Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland Stellung zu nehmen. — Einmütig stimmte der Beirat den vom Verband getroffenen Maßnahmen zur weiteren Durchführung des Kampfes zu für den Fall, daß die Metallindustriellen auch weiterhin auf ihrem halsstarrigen Standpunkt beharren. — Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Der erweiterte Beirat des D. M. V. stimmt den Maßnahmen durchaus zu, die der Vorstand mit den Verbandsfunktionären und Vertretern der Streikenden im Kampf der süddeutschen Metallarbeiter getroffen hat und versichert den Kämpfenden erneut seine volle Solidarität und nachdrückliche Unterstützung. Anerkennend den Beschluß des Ausschusses des A. D. G. B. der in seiner finanziellen Auswirkung den Streikenden neben der durch die Mittel des D. M. V. gesicherten statutarischen Streikunterstützung einen besonderen Zuschuß gewährleistet, setzt der erweiterte Beirat als selbstverständlich voraus, daß sämtliche Verbandsmitglieder im Reich den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag restlos entrichten, und darüber hinaus in solidarischer Handlung alles Notwendige tun, um dem Kampf der süddeutschen Metallarbeiter einen erfolgreichen Abschluß zu sichern. — Alle zur Durchführung und Unterstützung des Kampfes notwendigen Maßnahmen sind durchzuführen nach den Anweisungen der Zentralstreikleitung, dem Vorstand des D. M. V. und den Verbandsfunktionären im Land."

## Die französischen Kommunisten „und die Rote Fahne"

In der Montagausgabe hatten wir unter der Stichmarke „Einheitsfront und Kommunisten" eine Meldung der Europapreß-Agentur aus Paris wiedergegeben, wonach der Kongreß der Kommunistischen Partei des Seinedepartements (Paris) sich mit den Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr befaßt und einen Antrag, über diesen Gegenstand gemeinsam mit allen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu beraten, abgelehnt hat, da eine solche einheitliche Beratung „der Einheitspolitik der Kommunistischen Partei zuwiderläuft". Die „Rote Fahne" veröffentlicht zwar die gleiche Depesche, unterschlägt aber den Passus, daß die Kommunisten in Paris die Einheitsfront mit den gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen ablehnten. Der Grund für dieses Verfahren ist leicht zu erkennen. Die Leser der „Roten Fahne" dürfen natürlich nicht wissen, daß die Kommunisten Frankreichs die Einheitsfront sabotieren. Denn wie könnte sonst die „Rote Fahne" täglich behaupten, daß die Kommunistische Internationale die einzige ehrliche Vorkämpferin der proletarischen Einheitsfront in allen Ländern sei. Oder sollten vielleicht die französischen Kommunisten die ehrlicheren sein, und sollte ihre Stellungnahme den wahren Absichten der Moskauer Internationale entsprechen?

## Nicolais Berufung zurückgewiesen

Am 19. April hatte, wie erinnerlich, vor dem Kammergericht die Berufungsverhandlung des Prozesses stattgefunden, den Professor Nicolai wegen der gegen ihn ergangenen Senatsentscheidung gegen den früheren Rektor der Berliner Universität, Geheimrat Eduard Meyer, und eine Reihe früherer Mitglieder des Senats der Universität angestrengt hatte. Das Landgericht hatte die Klage des Professors Nicolai aus formellen Gründen abgewiesen, indem es hinsichtlich der Feststellungsanträge die formelle Zulässigkeit verneinte, da bei der Möglichkeit einer Privatklage kein Raum für eine Unterlassungsklage sei. Am Sonnabend hat nun der 5. Zivilsenat des Kammergerichts seine Entscheidung dahin verkündet, daß das Urteil des Landgerichts bestätigt und die Berufung Nicolais zurückgewiesen worden ist, womit noch lange nicht gesagt ist, daß diese Gerichtsentscheidung auch richtig ist.

## Das Disziplinarverfahren gegen Menne

Vor der Disziplinarkammer in Erfurt wird am 11. Mai das Disziplinarverfahren gegen den Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Eisenbahninspektor Menne, den Lokomotivführer Thieme und den Eisenbahnsekretär Dibligk wegen Anstiftung zum Eisenbahnerstreik seinen Anfang nehmen. Das Verfahren entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Mit Recht weisen Menne, Thieme und Dibligk darauf hin, daß den Beamten das Koalitionsrecht und demnach auch das Streikrecht zusteht, und daß sie deshalb mit der Aufforderung zum Streik nur von einem verfassungsrechtlichen Mittel Gebrauch gemacht hätten.

## Die Auffassung Rennenkampfs

Der ehemalige zaristische General Rennenkampf, der jetzt in der Roten Armee Dienst versieht, erklärte in einem Interview, daß das „Hamburger Acht-Uhr-Abendblatt" veröffentlicht, daß man sich in Rußland von dem deutsch-russischen Vertrag sehr viel verspreche. Weit interessanter aber sind seine Anschauungen über das Verhältnis der ehemaligen zaristischen Offiziere zu Sowjetrußland. Er meinte:

„Wir stellten unsere Vaterlandsliebe über jede politische Ansicht, und wir konnten das um so leichter tun, als die Rote Armee noch niemals dazu verwendet worden ist und auch niemals dazu benutzt werden wird, die gegenwärtige Staatsform mit Gewalt auf andere Länder auszubreiten, sondern nur dazu dient, den Besitzstand Rußlands zu verteidigen. Die Außenpolitik der Sowjetregierung ist eine durch und durch nationale, die von jedem Russen, auch dem zaristisch gesinnten, unterstützt wird".

# Krise in Permanenz

Das Rätselraten über Fortbestand oder Auffliegen der Konferenz in Genua geht weiter. Die Aussicht auf ihre Fortsetzung haben sich nicht gebessert. Belgien betrachtet durch den Text des Memorandums seine Interessen nicht genügend berücksichtigt. Frankreich will Belgien trotz der Unterzeichnung unterstützen, weil, wie Barthou sich äußerte, die von Belgien vorgeschlagene Fassung den Cannes Beschlüssen besser entspreche. Die Russen haben bisher erklärt, von ihren Einwänden gegen das Memorandum nicht zurücktreten zu können. Insbesondere mußten sie auf der Gewährung einer Anleihe bestehen. Verschiedene Meldungen besagen, daß der Fortbestand der Konferenz von der Haltung der Russen abhänge. Daneben laufen jedoch die Meldungen weiter, daß schließlich auch ohne Franzosen und Belgier weiter getagt werde. Schon dieses Chaos der Meldungen besagt, was noch von Genua zu erwarten ist.

## Lloyd George über die Konferenz

Intel. Genua, den 8. Mai.

Das bemerkenswerteste Ereignis des heutigen Tages war die Rede, die Lloyd George vor englischen und amerikanischen Pressevertretern hielt. Nachdem er über die Besprechungen mit den Russen in der Villa D'Albertis gesprochen erklärte er dazu, daß seine Unterredung mit Tschitscherin den Zweck hatte, das Memorandum auszulegen. Insbesondere erklärte er sich über die Kreditforderungen der Russen. — **Rußland könne ein Kredit unmöglich gewährt werden.** Was die Campagne der Northcliffpresse anbelange, die wiederholt betont hätte, daß er dem Bündnis mit Frankreich abtrünnig werden wolle, so sei diese Polemik keiner Erwiderung wert. Die Ausführungen Lloyd Georges gipfelten zum Schluß in der Feststellung, es seien große Schwierigkeiten zu überwinden, aber man habe schon größere überwunden, und er glaube, daß die Weiterführung der Verhandlungen möglich sein werde. **Alles hänge von der Antwort der Russen ab.** Auf die Frage des Journalisten, wie er sich zur Erklärung Barthous stelle, die Russen dürften nur mit Ja oder Nein antworten, meinte Lloyd George, **man könne in verschiedener Weise mit Ja und Nein antworten.** Hauptsache sei, daß die Russen ihren guten Willen zu erkennen geben, das weitere würde sich dann seiner Ueberzeugung nach schon finden. Die Ausführungen Lloyd Georges haben die allgemeine Stimmung etwas optimistisch beeinflußt. Jedenfalls werden die nächsten zwei Tage — die Antwort der Russen dürfte erst Mittwoch früh überreicht werden — die Entscheidung bringen.

## Die bevorstehende russische Antwort

(Sonderberichterstatter des Intel.)

Genua, 8. Mai.

Wie der Sonderberichterstatter des Intel erfährt, wird sich die Antwort der russischen Delegation auf das ihr von den Alliierten überreichte Memorandum lediglich an die Mächte richten, von denen es unterzeichnet ist. Die russische Delegation wird in ihrer Antwort zum Ausdruck bringen, daß sie sich in der Angelegenheit des Memorandums nicht als in Verhandlungen mit Frankreich und Belgien stehend betrachtet. Das Memorandum der Russen wird keine Abänderung ihrer Stellungnahme zu den Punkten der Forderungen der Alliierten bringen, die von der russischen Delegation bisher prinzipiell abgelehnt worden sind. Insbesondere wird die russische Antwort an der Forderung einer Anleihe festhalten, da die russische Delegation der Ansicht ist, daß die Anerkennung der russischen Schulden ohne die gleichzeitige Gewährung einer Anleihe Rußland schlechterdings unerfüllbare Verpflichtungen aufbürden und damit den Alliierten jederzeit die Möglichkeit zur Anwendung von Sanktionen gegen Rußland bieten würde.

## Ein neues englisch-italienisches Projekt für ein Finanzabkommen mit Rußland

(Sonderbericht des Intel.)

Genua, 8. Mai.

Von englischer und italienischer Seite wird gegenwärtig ein Finanzprojekt für ein Uebereinkommen mit Rußland ausgearbeitet, das die Forderungen der russischen Delegation, wenn auch nicht voll anerkennt, so doch in weitgehendem Maße berücksichtigt. Die Engländer und die Italiener wünschen, nach Erhalt der russischen Antwort auf der Grundlage dieses Planes unbedingt zu einem Uebereinkommen mit Rußland zu gelangen. Das Schicksal dieses Projektes wird wesentlich davon beeinflußt werden, ob die Franzosen nach der russischen Antwort weiterhin an der Konferenz teilnehmen werden.

## Vom Delirium ergriffen

Paris, 8. Mai.

Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum schreibt unter Hinweis auf die augenblickliche Krise in Genua: Der Leitartikler des „Temps" Herbette gerät bei dem bloßen Gedanken in Entrüstung, daß Barthou im Einvernehmen mit Belgien nach einer neuen für die Sowjetregierung annehmbaren Formel hätte suchen können. Es fehlte nicht viel, daß Barthou des Hochverrats angeklagt werde. Die französische Regierung habe beschlossen, mit den Belgiern mehr zusammenzugehen; und das genüge vollkommen. Wenn die Belgier heute bereit wären, ein Kompromiß mit Lloyd George und den Russen zu suchen, würden dann die Franzosen sich dagegen sperren? Sind das, fragt der Verfasser, die Instruktionen, die Barthou von Paris mitgebracht hatte und die zu verraten Herr Herbette ihn beschuldigt? Die französische Regierung und die große Presse, die sie unterstütze, die sie inspiriere, oder die von ihr inspiriert werde, beide schienen für Augenblicke vom Delirium ergriffen. Man könnte meinen, es käme darauf an, um jeden Preis den Erfolg der Konferenz zu verhindern, daß nämlich auch nur der Beginn oder der Schatten einer Verständigung erzielt wird.

## Sowjetrußland und Georgien

Der frühere Präsident der sozialistischen Republik Georgien hat sich in einem Schreiben an unseren Genossen Crispien gewandt und gebeten, sich dafür einzusetzen, daß 1. die Feindseligkeiten gegen die Bergprovinz eingestellt werden, 2. die die Bevölkerung terrorisierenden Strafexpeditionen zurückgezogen und 3. die politischen Inhaftierten unverzüglich freigegeben werden. — Weiter wird die sofortige Bildung einer gemischten internationalen Kommission aus Sozialisten und Kommunisten zur Prüfung der georgischen Frage gewünscht. — In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß sich die bolschewistischen Verfolgungen der Sozialisten verstärkt haben und sogar Erschießungen vorgenommen werden. In Curien habe das kommunistische Komitee angeordnet, jeden Menschewisten als Banditen vor Gericht zu stellen. In Nordgeorgien habe das Gewaltregiment zu einer Bauernerhebung geführt, gegen die russische Heereskräfte im Anmarsch seien, um den Aufstand im Blut zu ersticken. — Genosse Crispien hat diesen Brief in Abschrift an die russische Regierung und an die Exekutive der kommunistischen Internationale weitergegeben und mitgeteilt, daß er das Schreiben auch der Neunerkommission vorlegen werde. Eine Prüfung des Inhalts sei ihm natürlich nicht möglich, aber er erwarte, daß sich Regierung und Kommunistische Partei für die Einstellung terroristischer Maßnahmen und politischer Racheakte gegen Sozialisten einsetzen, da sonst alle Bestrebungen zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront gefährdet werden.

## Das Inkrafttreten der neuen Steuern

Von den jüngst beschlossenen Verbrauchssteuern tritt, wie den P. P. N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, das Gesetz über das Branntwein-Monopol zumteil am 1. Oktober 1922 in Kraft, zumteil ist es bereits am 1. Februar 1922 in Kraft getreten. Die Erhöhung der Kohlensteuer ist am 1. April 1922, die Erhöhung der Biersteuer soeben am 1. Mai 1922 in Kraft getreten. Auf Grund besonderer Verordnungen des Reichsfinanzministers sind bereits am 1. Mai 1922 in Kraft getreten: Die Erhöhung der Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Mineralwassersteuer, die Abänderung der Zuckersteuer, der Schaumweinsteuer, die Erhöhung verschiedener Zollpositionen sowie die Aufhebung einer Reihe vorübergehender Zollerleichterungen.

## Erhöhung der Kalipreise

Die Kalipreise sollen um 34 Prozent erhöht werden. Das Reichswirtschaftsministerium war zuerst gegen eine Heraufsetzung der Kalipreise. Das Kalisyndikat hat sich aber bereiterklärt, den Landwirten „ziemlich hohe Rabatte" zu gewähren, wenn sie im Sommer ihren Bedarf decken. Darauf hat das Reichswirtschaftsministerium seinen Widerstand aufgegeben. Welche Entwicklung die Preise für Kalidüngemittel im Laufe der letzten Jahre durchgemacht haben, geht aus folgender Aufstellung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hervor:

| ab | ℳ | ab | ℳ |
|---|---|---|---|
| 7. 9. 1915 | 11,5 | 1. 9. 1921 | 117 |
| 23. 7. 1918 | 28 | 7. 12. 1921 | 199 |
| 3. 12. 1919 | 60 | 20. 2. 1922 | 229 |
| 21. 4. 1921 | 90 | 22. 3. 1922 | 277 |

ab 1. 4. 1922: 289 ℳ

Wenn die 34prozentige Erhöhung verwirklicht wird, wird sich der Preis für dieses Produkt um fast 100 Pf. auf 387 Pf. erhöhen.

**Die Uebergabe des oberschlesischen Gebiets.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, dürfte, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, die Uebergabe der oberschlesischen Gebiete an Deutschland und Polen im Laufe des Juni erfolgen.

# Morgen: Zahlabend in Groß-Berlin

## Der neue Herr

In der Ausschußsitzung des Reichstags für den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte sich am Montag der neue Ernähungsminister Fehr mit einer Antrittsrede vor. Seine Rede bewegte sich im Rahmen der Ausführungen aller bisherigen Ernährungsminister. Er bat um Nachsicht und um Vertrauen, stellte die Sicherstellung der Ernährung in Aussicht (bis zum 15. August sei sie bereits sichergestellt und nach weitern noch abzuschließenden Verträgen sogar bis zum 15. Oktober), bezeichnete als seine Hauptaufgabe, im Verein mit dem Hilfswerk der Landwirtschaft die Produktion zu steigern, für auskömmliche Preise zu sorgen und was dergleichen Dinge mehr sind.

Nach dem Minister sprachen die beiden Berichterstatter, die ebenso wie alle bürgerlichen Parteien darin einig waren, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft das Reichsernährungsministerium seinen eigentlichen Zweck nicht mehr erfülle.

Einen anderen Standpunkt nahmen die Redner der USPD. und SPD. ein, wobei sie allerdings betonten, daß sie sich nur für ein Ministerium für Ernährung erwärmen könnten.

Genossin Wurm fragte an, was das Reichsernährungs-Ministerium von all seinen im November gegebenen Versprechungen auf Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln eigentlich gehalten habe? Ein Pfund Kartoffeln, die längst zur Delikatesse geworden, kosten jetzt soviel wie im Frieden ein ganzer Zentner. Ob im neuen Erntejahr etwa noch schlimmere Zustände auf diesem Gebiete zu erwarten seien. Auch die Brotgetreideversorgung habe sich durchaus nicht glatt vollzogen, obwohl die Umlage nur ein Fünftel der Ernte erfaßte und vier Fünftel den Landwirten zu freiem Verkauf oder Verbrauch geblieben seien. — Die Gemüsekonservenausfuhr sei wieder ein Beweis, daß das Reichsernährungs-Ministerium Ausfuhrbewilligungen erteile, die geeignet seien, den Preis für die wichtigsten Lebensmittel im Inland gewaltig zu steigern. — Den Drohungen des Landbundes mit Steuer- und Lieferstreik für den Fall einer Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens in irgendeiner Form sei die Regierung in keiner Weise entgegengetreten, wie sie überhaupt jeden Plan vermissen lasse, wie sie den fortgesetzten, durch nichts gerechtfertigten Preissteigerungen der wichtigsten Volksernährungsmittel entgegenwirken wolle.

Auch das Zentrum wandte sich ganz entschieden gegen die Massenausfuhr von Gemüsekonserven.

Die Rechtsparteien versuchten die unerschwinglichen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit den hohen Kunstdüngemittelpreisen zu rechtfertigen und den Eindruck zu erwecken, als ob die Parteien der Linken sich stets nur gegen die Profite der Landwirtschaft, aber nicht gegen die der Industrie wendeten.

Genosse Hertz wies nach, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik trotz des Millionenverlustes infolge des Oppauer Unglücks Riesengewinne mache, und daß dies mit eine der Hauptursachen der Verteuerung der Düngemittel und damit der Ernährung sei. Der Landwirtschaft fehle bei der jetzigen Wirtschaftslage, in der die Nachfrage das Angebot um vieles übersteige, der starke Antrieb zur Produktionssteigerung, die sehr wohl herbeigeführt werden könne und auch müsse. Gen. Hertz fragt den Ernährungsminister, was denn in Sachen der Maisaktion geschehen sei, bei der sich herausgestellt habe, daß von ungefähr 600 durch Nachprüfung zu beanstandenden Kommunalverbänden dem Reiche noch eine halbe Milliarde Geld zustehe?

Er mußte die Frage **dreimal wiederholen**, um von einem Vertreter die Bestätigung zu erhalten, daß von dieser ½ Milliarde das Reich bis jetzt nicht einen Pfennig erhalten hat. Begründung: rechtliche Schwierigkeiten, diese Summe von den Kommunalverbänden heraus zu bekommen. — Nicht immer übt man so viel Nachsicht. — Derselbe Vertreter muß auch die Konservenausfuhrbewilligung zugeben; er teilt aber zur Beruhigung mit: eine neue Ausfuhrbewilligung für die kommende Ernte sei noch nicht erteilt, darüber schwebten die Verhandlungen mit den „Interessentenkreisen" noch!!!

Inzwischen hatte die SPD. einen Antrag eingebracht, für das Wirtschaftsjahr 1922-23 das Umlageverfahren für Brotgetreide beizubehalten und auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen, ebenso eine Sicherstellung des Kartoffelbedarfs in die Wege zu leiten und auf Versorgung der Bevölkerung mit ½ Pfund Zucker pro Kopf und Woche.

Die USP. beantragte, die Konserven- und Fischausfuhr zu verbieten.

In der Diskussion über den ersteren Antrag wurden die von der Landwirtschaft altbekannten Gründe dagegen geltend gemacht. Die Debatte über die vorliegenden Anträge wird heute fortgesetzt.

## Die Abspeisung der unteren Beamten

Im 28. Ausschuß des Reichstags stellte der Regierungsvertreter von Schlieben seinen Bericht über die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden so dar, als ob der Abbruch der Verhandlungen auf das Schuldkonto der Spitzenorganisationen zu buchen sei. In Wirklichkeit trägt die Regierung die Schuld an dem Nichtzustandekommen einer Einigung. Sie handelte nach ihrem Grundsatz, die Spannung zwischen Besoldungsgruppen zu vergrößern, natürlich auf Kosten der unteren und mittleren Beamten, und begründete diese ihre Auffassung mit dem Hinweis, daß, wenn die höheren Beamten nicht erhebliche Zulagen bekämen, diese zur Privatindustrie abwandern und damit, daß die höheren Beamten ihre Kinder nicht studieren lassen können und somit dem Staat ein tüchtiger Beamtennachwuchs verloren geht.

Es besteht gar kein Zweifel, daß die Beamtenpolitik der Regierung und die der bürgerlichen Parteien im Reichstag voll und ganz eingestellt ist auf das Wohlergehen der höheren und höchsten Beamten. Währen von Schlieben als Regierungsvertreter dem Ausschuß klar zu machen versuchte, daß aus außenpolitischen Gründen die Regierungen keine größeren Zugeständnisse machen können, mühte sich der andere Regierungsvertreter Kühlemann, nachzuweisen, daß ein englischer Soldat der Besatzungsarmee viel mehr Gehalt erhält als einer unserer Minister, ergo würde die Entente nichts gegen die hohen Bezüge der höheren Beamten einwenden. Im allgemeinen ist die Regierung geneigt, das Gehalt um 35 Prozent zu erhöhen. Ein lediger Beamter würde in der Gruppe III im Endgehalt ohne Steuerabzug 43 160 M., ein verheirateter mit einem Kind 45 660 M., mit zwei Kindern 55 760 M. Gehalt beziehen. Sonderbarerweise war die Regierung nicht in der Lage, mitzuteilen, wie hoch sich das Gehalt der Beamten der Gruppe XIII stellt. Erst auf Drängen der USP. und SPD. teilte von Schlieben mit, daß ein lediger höherer Beamter der Gruppe XIII zu seinem jetzt schon fürstlichen Gehalt eine Zulage von 28 000 M. erhält, ein verheirateter mit einem Kind 29 800 M., mit zwei Kindern 30 850 M.

Man sieht, die Regierung ist äußerst freigibig, wenn es sich um Zulagen für die höheren Beamten handelt. Genosse Breunig wies auf diese Unzulänglichkeit dieser Gehaltsregulierung hin. In dieser Sache ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Den unteren und mittleren Beamten muß noch gesagt werden, daß die bürgerlichen Parteien bei jeder Besoldungsaktion immer wieder mit demselben „Beschleunigungstrick" kommen, wobei natürlich die unteren Beamten wegen der absoluten Unzulänglichkeit der Teuerungsaktion immer die Geprellten sind. Es muß endlich mal durch eine gründliche Beratung und Ueberprüfung der Besoldungsordnung dafür gesorgt werden, daß das große notleidende Heer der unteren und mittleren Beamten ein ausreichendes Existenzminimum erreicht.

## Der Anfang

Mit der gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung, die in unserem Artikel „Alarmruf" gekennzeichnet wird, soll jetzt der Anfang gemacht werden. Zunächst hat man das Sonderarbeitsgesetz für die Bergarbeiter unter Tage dem Reichstage vorgelegt, nachdem es vom Reichswirtschaftsrat vorberaten ist. Offenbar hofft man dieses Sondergesetz am leichtesten durchbringen zu können, da die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage seit langem kürzer ist als in der allgemeinen Industrie und deshalb die Tendenz des Gesetzes, die Bergarbeiter zur Leistung einer längeren Arbeitszeit zu veranlassen, in Arbeiterkreisen weniger anstößig wirkt. So fängt man mit der Arbeitszeitverlängerung auf Grund von Sondergesetzen dort an, wo man den geringsten Widerstand erwartet, und geht dann allmählich aufs ganze. Bei der Eisenbahn hat man bekanntlich bereits ohne Gesetz unter Berufung auf die berühmte „Arbeitsbereitschaft" durch Direktionsverordnungen die Arbeitszeit verlängert. Es ist höchste Zeit, daß das Gesamtproletariat sich aufrafft und geschlossen gegen diese Angriffe auf den Achtstundentag auftritt.

## Gegen die Beseitigung der Gewerbegerichte

Der „Vorwärts" berichtet aus der 17. Tagung des Ausschusses des A. D. G. B. Nach unseren Informationen sind diese Verhandlungen interner Natur. Sollten wir uns darin irren, werden auch wir künftig eigene Berichte dieser Verhandlungen bringen. Vielleicht dürfte es sich aber empfehlen, der gesamten sozialistischen Presse vom A. D. G. B. einen gleichlautenden Bericht zugehen zu lassen, so daß sich eigene Berichte der einzelnen sozialistischen Zeitungen erübrigen.

Nach dem Bericht des „Vorwärts" ist in der Sitzung auch verhandelt worden über den Gesetzentwurf durch Beseitigung der Gewerbegerichte, der im Zusammenhang in unserem Alarmruf auf der ersten Seite dieser Nummer besprochen worden ist. Erfreulicherweise ist der Gesetzentwurf vom Ausschuß des A. D. G. B. einstimmig abgelehnt worden. Der erwähnte Bericht sagt darüber:

> Ueber den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz sprach Genosse Hermann Müller und wies nach, daß die Regierung von allen guten Geistern verlassen gewesen sein muß, als sie in solcher Weise noch mehr Zündstoff anhäufte. Der Redner wandte sich besonders gegen die Herabsetzung der bisherigen Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die darin liege, daß der Reichsjustizminister Radbruch auf dem Parteitag zu Görlitz sich noch gegen die Angliederung dieser Gerichte an die ordentlichen Gerichte ausgesprochen und später eine gegenteilige Meinung kundgegeben habe. Die Gewerkschaften müßten es ablehnen, dem Reichsjustizminister auf diesem Wege zu folgen. Folgende vom Genossen Müller vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen:
>
> „Der vom Arbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes findet nicht die Zustimmung des Ausschusses des ADGB. Der Entwurf will die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegegliedert sind.
>
> Zur Begründung dieser Umstellung wird angeführt, daß damit eine nicht nur von politischen Einflüssen freie, sondern auch eine sachkundige Geschäfts- und Prozeßleitung gesichert werde, daß auch die Eingliederung der neuen Arbeitsgerichte auf die ordentlichen Gerichte und ihre Rechtsprechung in sozialer Hinsicht einen überaus segensreichen und belebenden Einfluß ausüben und sie mit Verständnis für soziale Fragen erfüllen werde. Auch finanzielle Gründe werden geltend gemacht.
>
> Der Ausschuß stellt demgegenüber fest, daß die Gewerbe- und Kaufmanns-gerichte sich im allgemeinen das volle Vertrauen aller beteiligten Kreise erworben haben. Er stellt weiter fest, daß eine Reform der ordentlichen Gerichte allerdings dringend geboten ist, legt aber entschieden Verwahrung dagegen ein, daß diese Reform mit der Auslieferung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die ordentlichen Gerichte begonnen werden soll.
>
> Auch den Grund, daß durch die notwendige Verallgemeinerung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unerschwingliche Kosten entstehen, kann der Gewerkschaftsausschuß nicht gelten lassen. Schlichtungsordnung, Tarifgesetz und Arbeitsnachweisgesetz sehen ein dichtes Netz von Sozialbehörden vor. Mit diesen lassen sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ohne erhebliche Kosten verbinden.
>
> Für unannehmbar erklärt der Ausschuß auch die geplante Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten."

Hoffentlich schließt sich auch die rechtssozialistische Partei dieser Stellungnahme an.

## Warum der Adel mit dem Volke geht

Bekanntlich haben die deutschen Großagrarier entgegen ihren früheren Gepflogenheiten nun auch eine Brücke zu den kleineren Bauern geschlagen und sie organisatorisch mit ihnen verbunden. Diese Verbindung ist natürlich nicht aus einer inneren Wandlung, sondern lediglich aus der nüchternen Berechnung abzulenken, die Bauern an ihre reaktionären Bestrebungen zu ketten und die eigene Machtstellung zu stärken. Darauf deutet auch besonders klar eine von der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Adelsgesellschaft verbreitete Anweisung hin, worin gebeten wird, darauf zu achten, daß der frühere Orgeschführer Admiral v. Jachmann nicht zu sehr mit Bürgerlichen verkehre, damit, wenn die Ordnung wiederhergestellt sei, der Adel nicht zu sehr kompromittiert sei.

Der Adel braucht die „Bürgerlichen" also nur so lange, bis die „Ordnung wiederhergestellt ist." Dann überläßt er sie dem Schicksal des Mohren, der seine Arbeit getan hat und gehen kann.

## Der Krieg in China

In China nimmt das Chaos kein Ende. Seit einigen Wochen rasen dort wieder die Waffen. Die Hauptheerführer sind der Generalgouverneur der Mandschurei General Tschang-Tso-Li und Wei-Pu-Fei. Tschang-Tso-Li sympathisiert mit Japan und Japan mit ihm. Wei-Pu-Fei steht auf Seiten derjenigen englischen und amerikanischen Kreise, die China zu ihrem ausschließlichen Einflußgebiet machen möchten. Tschang-Tso-Lis Armee wurde bei dem ersten großen Treffen völlig geschlagen. Er mußte 10 000 Gefangene und 500 Verwundete zurücklassen. Nach dieser Niederlage, die als entscheidend trachtete werden darf, reiste er nach Mukden. Von dort werden Verstärkungen erwartet. 10 000 Mann der geschlagenen Armee marschieren auf Tientsin. Das dortige amerikanische Freiwilligenkorps hat Befehl erhalten, sich zum Schutze der amerikanischen Matrosen bereitzuhalten. Die Italiener haben in ihrem Viertel die Straßen verbarrikadiert.

Wei-Pu-Fei ist in Peking einmarschiert und hat sich dort zum Diktator erhoben und übt dort diktatorische Gewalt aus. Der Premierminister Liang-Tschi-Pi sowie der Verkehrs- und der Finanzminister wurden verhaftet. Nach einer anderen Meldung sogar unter Hochverratsanklage gestellt. Wei-Pu-Fei kündigte an, daß er beabsichtige, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, „um dem chinesischen Volke Gelegenheit zu geben, seine Staatsform selbst zu wählen".

## Die Lage im fernen Osten

### Eine Note an Japan.

(Intel.) Tschita, 7. Mai.

Der Außenminister der Republik des Fernen Ostens, Jansen, richtete an Japan eine Note, in der er gegen die vom japanischen Militärkommando im Primorje-Gebiet vorgenommene Erweiterung der Besetzungszone Einspruch erhebt. Er erklärt in dieser Note, daß das friedliche Leben im Fernen Osten so lange gefährdet sein werde, solange japanische Truppen in Sibirien weilen. Die Regierung der Republik des Fernen Ostens werden sich aller Mittel zur Wiederherstellung des friedlichen Lebens im Fernen Osten bedienen.

Tschitscherin äußerte einem Interviewer des „Newyork Herald" gegenüber auf die Frage, ob die zentrale Sowjetregierung in Moskau die Regierung der Republik des Fernen Ostens in Tschita unterstütze, und welches die Beziehungen sind in denen die beiden Regierungen zueinander stehen.

Die Regierung in Tschita ist keine Sowjet-Regierung, sondern die einer parlamentarischen Republik. Ihre Interessen in der Auswärtigen Politik fallen jedoch mit denen der Sowjet-Regierung zusammen. Diese wird daher bis zum Aeußersten gehen, um die benachbarte Demokratie gegen Angriffe von Japan zu schützen, das offenbar die Absicht hat, die Republik von Tschita in ein zweites Korea zu verwandeln. Wenn Japan diese Absicht nicht aufgibt, so steht es vor ernsten Komplikationen mit Rußland, und zwar schon in nächster Zukunft.

## Aufstände in Sibirien

(O. E.) Moskau, 8. Mai.

In der „autonomen Sowjetrepublik der Jakuten" in Nordsibirien beiderseits des Lena-Flusses ist eine Aufstandsbewegung im Gange; zahlreiche Sowjetbeamte und Rotarmisten sind von den Aufständigen niedergemetzelt worden. Zur Bekämpfung des Aufstandes hat die Sowjetregierung ein Revolutionskomitee mit diktatorischen Vollmachten eingesetzt. Gleichzeitig hat das Aürussische Zentralexekutivkomitee eine Kundgebung an die Jakuten erlassen, in der als Urheber der Aufstandsbewegung geflüchtete zarische Offiziere bezeichnet werden und den Aufständischen eine Amnestie in Aussicht gestellt wird, falls sie die Waffen strecken; des weiteren wird die Entsendung von größeren Mengen Brot und anderer Waren nach dem Jakuten-Gebiet angekündigt.

**Lenin genesen.** Ein Moskauer Telegramm an die russische Delegation kündigt die Genesung Lenins an, der die Staatsgeschäfte wieder aufgenommen hat.

# SCHUHWAREN

**Kinder-Stiefel**
in Schwarz, Braun und Weiss

**Schwarze Kinder-Stiefel**
R.-Chevreau, breite, bequeme Form

| Gr. 18–22 | Gr. 23–24 | Gr. 25–26 |
|---|---|---|
| 46⁰⁰ | 68⁰⁰ | 85⁰⁰ |
| Gr. 27–30 | Gr. 31–35 | Gr. 36–39 |
| 165⁰⁰ | 195⁰⁰ | 390⁰⁰ |

**Weisse Kinder-Stiefel**
Leinen, aus vorzüglichem Stoff

| Gr. 18–22 | Gr. 23–24 | Gr. 25–26 |
|---|---|---|
| ohne Fleck 39⁰⁰ | 65⁰⁰ | 75⁰⁰ |
| Gr. 27–30 | Gr. 31–35 | Gr. 36–39 |
| 88⁰⁰ | 98⁰⁰ | 175⁰⁰ |

**Braune Kinder-Stiefel**
Leder, normale Form

| Gr. 18–21 | Gr. 20–22 | Gr. 23–24 |
|---|---|---|
| ohne Fleck 66⁰⁰ | mit Fleck 72⁰⁰ | 88⁰⁰ |
| Gr. 25–26 | Gr. 27–30 | Gr. 31–35 |
| 105⁰⁰ | 195⁰⁰ | 225⁰⁰ |

**Damen-Halbschuhe** weiss, zum Schnüren und mit Spange, mod. Form, 145,–, 110,– **98⁰⁰**

**Damen-Halbschuhe** schwarz, mit Lackkappe, bequeme Form, tadelloser Sitz **275⁰⁰**

**Damen-Stiefel** mit und ohne Lackkappe, in verschiedenen Ausführungen, Gr. 36–39 **295⁰⁰**

**Damen-Stiefel** braun, in Goodyear-Welt-Ausführung ........ Gr. 36–40 **475⁰⁰**

**Stoff-Hausschuhe** für Damen, mit Kordelsohle, schöne Farben.............. **68⁰⁰**

**Leder-Niedertreter** mit guter Ledersohle, für Herren 150,–, für Damen.... **135⁰⁰**

**Leder-Spangenschuhe** für Damen, mit durchgenähter Ledersohle, für Strasse u. Haus **165⁰⁰**

**Damen-Stiefel** für Sport u. Touren, in Braun, mit Doppelsohlen............ **690⁰⁰**

**Damen-Halbschuhe** braun R.-Boxleder, kurze, schöne Form ................ **375⁰⁰**

**Damen-Halbschuhe** Lackleder, zum Schnüren, moderne Form und Absatz **390⁰⁰**

**Herren-Stiefel** schwarz, bequeme, moderne Form, 490,– **375⁰⁰**

**Herren-Stiefel** braun ......... 590,–

**Sportstiefel** schwarz, für Herren, mit Lederfutter, hoher Lasche und Doppelsohle **550⁰⁰**

Verkauf: Soweit Vorrat

Leipziger Str.
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

**Hermann Tietz**

Verkauf: Soweit Vorrat

Leipziger Str.
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

**Sandalen**
in braun Leder
**Turnschuhe**
mit Gummisohle

**Braune Kinder-Sandalen**
Rindleder, mit fester Sohle

| Gr. 25–30 | Gr. 31–35 | Gr. 36–42 |
|---|---|---|
| 125⁰⁰ | 165⁰⁰ | 195⁰⁰ |

**Flexibel-Sandalen**
mit biegsamer Sohle, vorzügliche Passform

| Gr. 21–24 | Gr. 25–26 | Gr. 27–30 |
|---|---|---|
| 98⁰⁰ | 115⁰⁰ | 140⁰⁰ |
| Gr. 31–35 | Gr. 36–43 | |
| 170⁰⁰ | 210⁰⁰ | |

**Turnschuhe** mit angegossener Gummisohle
in Braun, Grau und Weiss

| Gr. 20–26 | Gr. 27–30 | Gr. 31–35 |
|---|---|---|
| 88⁰⁰ | 94⁰⁰ | 105⁰⁰ |
| Gr. 36–42 | Gr. 43–45 | |
| 136⁰⁰ | 165⁰⁰ | |

## Theater u. Vergnügungen

**Volksbühne**
7½ Uhr:
**Die Ratten**

**Neues Volkstheater**
Köpenicker Straße 68
7½ Uhr:
**Heuchler**

**Staats-Theater**
Opernhaus 7½ Uhr:
**Madame Butterfly**
Schauspielhaus 7½ Uhr:
**Napoleon**

**Deutsches Theater**
7½ Uhr.
**Cyrano von Bergerac**

**Kammerspiele**
7 Uhr:
Zum 1. Male:
Einen Jux will er sich machen

**Großes Schauspielhaus**
7½ Uhr:
**Judith**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

**Komödienhaus:**
Tgl. 8 U. „Gretchen"
Glässner, Roberts

**Berliner Theater**
7,0 Uhr: **Madame Flirt**

**Wallner-Theater**
7½ Uhr.
**D. beiden Nachtigallen**

**ROTTER-BÜHNEN**
Täglich 7½ Uhr:

**Residenz-Theater**
Eine Frau ohne Bedeutung

**Trianon-Theater**
Moral
v. Lu. w. Thoma

**Walhalla-Theater**
7½ Uhr
**Gasthaus zur Liebe**

7½ **Casino-Theater** 7½
Der neue Schlager
**Der Neffe aus Afrika.**

**Theater am Nollendorfplatz**
7½ Uhr
**Verliebte Leute**

**Theater des Ostens**
(Rose-Theater)
7½ Uhr:
**Brot und Arbeit**

**Theater a. Kottbus. Tor**
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr

**Elite-Sänger**
u. a.: Liederspiel „Fantasie im Ratsweinkeller."
Ferner der lust. Einakter: „Der Schipper"

**CIRCUS BUSCH**
Tgl. 7½, Sonntag u. 3 Uhr
**Wunder-Affen**
u. Mexikaner Lasny
Die lustige Mausposse
„Ueber'n großen Teich"
Wild-West
Luftsensat.

**Musiker**
für alle Gelegenheiten stellt die Ortsverwaltung des Deutschen Musiker-Verbandes, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. No. d. 988.

**Teilzahlung!**
**Garderobe**
für Damen, Herren und Burschen
**sehr preiswert**
infolge groß., alter Lagerbestände
**bei bequemen Ratenzahlungen**
**H. Tyra & Co.,**
Berlin, Brunnenstr. 26

**Geld**
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff Friedrichstr. 41, II., Ecke Kochstr.

**Der Mord an Liebknecht und Luxemburg**
Mit Portraits der Ermordeten und Bildern der Angeklagten
**Preis 12.– M.**
Buchhandlung
**„Freiheit"**
C. 2, Breite Str. 8–9

**Zahngebisse?** Platin-, Goldbrücken, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn! **Glühstrumpfasche** kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

## Deutsch. Bekleidungsarbeiter-Verband

**Filiale Berlin / Sebastianstr. 37–38**

Achtung! Achtung!

### Herren-Konfektion!

Am **Donnerstag, den 11. Mai 1922** abends 7 Uhr findet bei **Böker**, Weberstr. 17, großer Saal, eine

### Mitglieder-Versammlung

sämtlicher Schneider und Näherinnen statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von den zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Am **Freitag, den 12. Mai 1922**, nachmittags 5 Uhr bei **Schulz**, Elisabethstr. 30.

### Mitglieder-Versammlung

für die Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren-Konfektion mit obiger Tagesordnung.

Achtung! Achtung!

### Berliner Knaben- und Burschen-Konfektion!

Am **Donnerstag, den 11. Mai 1922** nachmittags 5½ Uhr, findet im „Englischen Hof", Neue Roßstr. 3 eine

### Branchen-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
2. Diskussion und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch resp. Karte legitimiert; ohne dies oder mit mehr als sechs restierenden Wochenbeiträgen **kein** Zutritt!

Die Kommission.

**Fahrraddecken** 95, 120, 150 M
**Luftsch.äuche** 25, 35, 45 M
Versand nach ausw. Eugen Lämmel, Berlin, Badstraße 13

**WANDERKARTEN**
für alle Gegenden erhält man in der
**Buchhandlg. „Freiheit", Breite Str. 8–9**

**Spezialarzt Dr. Jaffé** für Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden; Syphilis Kuren, Blutuntersuch. In der Heil-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser** Münzstr. 9, nahe Alex.-Platz, –1, 4–8 Sg. 10–12. Dam. sep.

**Metall-ankauf Königstor,**
Neue Königstraße 87
zahlt Tagespreise für
**Messing, Kupfer, Blei, Zink etc.**

**Altmetalle**
zahlt hohe Preise, oberbe ger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107

**Mandol.-Gt. Gitarr.-Ruf**
M. d. B. d. A. M. V.
Am 5. Mai verstarb unser lieber Koll.
**Hermann Becker**
Wiener Str. 51
im 34. Lebensjahr. Einäscherung: Mittwoch, den 10. Mai nachm. 4½ Uhr Kremat. Baumschulenweg.
Der Vorstand.

**Tüchtige branchekundige**
**Verkäuferinnen**
für
**Konfitüren**
sofort gesucht
Meldungen: 12–2 Uhr mittags 5–6 Uhr abends
**A. Jandorf & Co.**
Kottbuser Damm 1.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin

**Todes-Anzeige**

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Arbeiter
**Albert Kania**
Schöneberg, Stubenrauchstr. 11
am 8. d. M.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 10. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstraße, aus statt.

Der Metallarbeiter
**Jgnatz Radetzky**
Reinickendorfer Strasse 36
am 5. d. M.

Die Einäscherung findet am Freitag, den 12. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Berlin, Gerichtstrasse, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bestoßer
**August Schirrmacher**
Cöpenick, Alter Markt 4
am 8. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Ueberall in **Zigarrengeschäften** erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak**, nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3851)

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

**Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85**

Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr. • Telephon: Amt Norden 833, 83 , 835 836.

Donnerstag, den 11. Mai 1922, nachmittags 4½ Uhr:

### Branchenkommissionssitzung

der Zigaretten-Maschinenführer bei **Schrader**, Alte Schönhauser Straße 23-24.

Die Vertrauensleute treffen sich um 6½ Uhr im selben Lokal.

Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 7 Uhr:

### Versammlung

sämtlicher in den Spritzguß-Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in **Graumanns Festsälen** (Inh. O. Seher), Naunynstraße 27.

Tagesordnung:

1. **Was müssen wir tun, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, wie es notwendig ist.**
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Vertrauensleute und Betriebsräte treffen sich um 6 Uhr im selben Lokal.**

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

### Eisendreher, Revolverdreher und -Dreherinnen sowie Rundschleifer.

### Vertrauensmänner-Konferenz

am **Donnerstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr** in der Schulaula, Koppenplatz 12.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht und Diskussion.
2. Stellungnahme zur Neuwahl der Kommission.

**Auto-Reparatur-Betriebe.**

Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 7 Uhr:

### Wichtige Funktionärsitzung

bei **Poweleit**, Joststraße 7.

Jeder Betrieb muß ein Vertreter entsenden.

Donnerstag, den 11. Mai 1922, abends 6½ Uhr:

### Branchen-Versammlung

der Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer und weiblichen Berufsangehörigen im Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25.

Tagesordnung:

Neuwahl der Branchenleitung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

**Achtung! Achtung!**

**Bau-Anschläger.**

Donnerstag, den 11. April, abends 7 Uhr, im Lokal **Hummel**, Berlin, Sophienstraße 5.

### Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lohnverhandlung für Mai,
2. Verbandsangelegenheiten,
3. Verschiedenes.

Pflicht jedes Kollegen ist es, anwesend zu sein. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

# Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsst. Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Das Überschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M netto. Stellengesuche: Überschriftswort 2.–, jed. weit. Wort i. Text 1.50 M.

## Verkäufe

Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderdrahtbettstellen, Kinderstühle, neue und gebrauchte, verkauft **Schwarzmann**, Kottbuserdamm 93.

**Auf Teilzahlung!** Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Heniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

**Bettwäsche billig!** Staunend billige Ausstellerlage zu alten Abschlußpreisen. Deckbettbezug 128,—, Kissen 38,—, Bettlaken 42,— an. Bis 40 Prozent unter Tagespreis. Hemdentuch 33,—, Linon 44,—, Linon 130 breit 78,—, gestreift, Dimitz 115,—, Bettlakenstoff 140 breit 96,—, Handtücher 26,50, Tischtücher, bunte Bezüge, Inletts staunend billig. Enorme Auswahl! Eigene Fabrikation. Nur gute Qualitäten. Berliner Bettwäschefabriken Chausseestr. achtundachtzig (Haltestelle Liesenstraße), Puttkammerstraße 1, Ecke Wilhelmstr. Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7.

**Hosen!** Preiswerte Angebote! Arbeitshosen 158,— 168,—, 198,—. Gestreift schöne Muster 248,— 288,— 388,— Ersatz für Maß 375,— 425,— 468,— usw. — Verkauf an Händler und Private! Breeches, Jünglings- und Bauchhosen in großer Auswahl in allen Längen und Weiten. München-Gladbacher Hosen-Zentrale Schöneberg, Hauptstraße 7. Fahrlinien 3, 5, 10, 52, 69, 160, E, G (62, 82, 89, 94, 162). Fahrgeldvergütung.

**Auf Teilzahlung.** Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

**Anzüge,** Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimantel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger, Friedensstoffe. — Kreuzstiche, Windjacken, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthaler Str.

**Central-Leihhaus** Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

**Nirgends besser** kaufen Sie erstklassige Herrenmoden, wie Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl und Schönheit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßbearbeitung. Fahrgeld-Vergütung. — Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

**Bettwäsche allerbilligst!** Diese Woche besondere Ermäßigung. Preise bedeutend herabgesetzt. Gelegenheit wahrnehmen! Deckbettbezüge v. 128,—, Laken 88,—. Angestaubte Reisemuster (einzelne Bezüge und Kissen) unter Selbstkosten, Inlette, Handtücher, Wäschestoffe, Damaste zu Fabrikpreisen. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestr. neununddreißig (Hasenheide).

**Gelegenheitskäufe.** Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

**Zwei Photoapparate,** gut erhalten und für Sportzwecke (4½×6 u. 6×6), Film- u. Klappkamera, verkauft billig P. Geffers, Holsteiner Ufer 7, Gartenhaus II.

## Möbel

**Küchen,** moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

**Chaiselongues,** Chaiselongdecken 475,—, Umbausofas, Auflagmatratzen, Patentmatratzen 450,—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

**Gut und billig.** Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl. Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

**Möbel-Lechner** Brunnenstr. 7 offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw., große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.

**Chaiselongues,** 275,—. Metallbetten 250,—. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Augustst. 32a, Quergebäude.

**Möbelhaus Kamerling,** Kastanien-Allee 56 (Ecke Weinbergsweg), Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen, Nußbaumwohnzimmer, Sofas, Ruhebetten günstig.

## Kaufgesuche

**Likoten** und Promenadenfeldstecher kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

**Altmetalle** und Kugellager kauft zu höchsten Tagespreisen, Saack, Markusstraße 27c.

**Silberschmelze Christionat,** Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

## Fahrräder

**Fahrräder,** beste Marken, billigst, Schönhauser Allee 168.

**Fahrradgummi!** Laufmäntel 125,—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

**Fahrradankauf** Linienstr. 19.

**Hilfsmotorräder!** Fahrräder, Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

## Geld-Verkehr

Geld sofort auf jede Wertsache, Pfandscheine, Wäsche, Goldsach. usw. (Rückkaufsrecht). — Schulz, Danziger Str. 60, hochpart. (an der Prenzlauer Allee).

## Vermietungen

**Tausche** zweifenstrige Kochstube im Norden gegen ebensolche oder Stube in Moabit, Nähe Waldstr. Offerten L. M. „Freiheit", Breite Str. 8/9.

**Säle,** Vereinszimmer, unentgeltlich. Oranienstr. 180

## Arbeitsmarkt

**Literarische Mitarbeiter gesucht!** — Alte Leipziger Str. 21, (Literarische Abteilung)

**Händler gesucht** für den Vertrieb aktueller Broschüren, Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9.

# Groß-Berlin

## Antisemitischer Rummel

Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns geübt den Geist
Der Rebellion. — Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

An diese Spottverse Heinrich Heines wurden wir erinnert, als wir den Bericht über die am Sonntag vormittag vom „Deutschvölkischen Trutz- und Schutzbund“ einberufene Protestkundgebung nach dem Zirkus Busch zu Gesicht bekamen. Diese Versammlung verdiente wirklich keine Beachtung, wenn nicht in ihr geradezu „klassische“ Ausführungen gemacht worden wären über den „verhängnisvollen“ Einfluß der Juden auf die deutsche Arbeiterbewegung, die wir der Berliner Arbeiterschaft nicht vorenthalten wollen.

Nach den Ausführungen eines Hamburger Redners mit Namen Roth, sind namentlich die Ostjuden das gefährliche und zersetzende Element, die wegen ihrer Gerissenheit und Gewissenlosigkeit und ihrer hemmungslosen Moral unser politisches Leben nicht zur Ruhe kommen lassen. Auf die Szenen im Berliner Stadtparlament und im preußischen Abgeordnetenhause hinweisend, die angeblich nur „zur Aufpeitschung der Massen“ dienen sollten, rief dieser ehrenwerte Mitbürger „teutscher Nation“ unter dem Beifall seiner Gesinnungsfreunde aus: „Wann endlich kommt der Tag, wo die Juden mit Peitschen aus Deutschland ausgetrieben werden, die das Ansehen unseres Vaterlandes schänden!“ (Seit wann ist Ludendorff Jude? Die Red.)

Heftige Vorwürfe wurden auch gegen die Reichsregierung erhoben, die angeblich in der Judenfrage jede antisemitische Initiative vermissen lasse. Bruhn und Dinter schleimten sich gehörig aus und zogen namentlich gegen den Juden Rathenau vom Leder. Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß auch ein „vom Kommunismus zum nationalen Empfinden“ bekehrter „Arbeiter“ das Wort ergriff, der mit „stürmischen Ovationen“ begrüßt wurde. Max Hoch heißt dieser Bedauernswerte, dem es namentlich die sozialistische Führerschaft angetan hat.

Die angenommene Resolution wiederzugeben, wollen wir uns schenken. Doch das Schlußwort des großen Schriftgelehrten Arthur Dinter scheint uns noch erwähnenswert. Nachdem er den intelligenten deutschen Arbeiter als einen internationalen Hanswurst bezeichnet hatte, rief er pathetisch aus: „Der neue deutsche Volkskaiser wird ein deutschvölkischer Kaiser sein oder er wird überhaupt nicht sein.“ Das letztere wird wohl stimmen.

Uebrigens sei bemerkt, daß selbst dere Exkronprinz keine Gnade vor Dinters strengantisemitischen Richteraugen fand, da der junge Herr keinen Unterschied zwischen Juden und Deutschen mache.

Endlich gab dieser Mann mit dem Neandertalschädel die Versicherung ab, daß die Deutschvölkischen keinen Pogrom, sondern nur mit „geistigen Waffen“ kämpfen wollten. Das trägt sicher zur Beruhigung der deutschen Juden bei, denn nach den geistigen Kostproben im Zirkus Busch sind die guten Leute durchaus harmloser Natur.

Ernster wird natürlich die Geschichte, wenn sich der „heilige Geist“ bei ihnen, nach dem Rezept des ersten Redners, in Gestalt von Peitschen auswirkt. Doch schließlich haben wir auch für diese kuriose Versammlung eine entschuldigende Erklärung:

Am Sonntag war bekanntlich der erste warme Tag. Diese Feststellung sagt alles. Nachdenklich stimmt uns nur die Gewißheit, daß im Juli und August noch heißere Tage kommen. Dann werden diese armseligen Hirne vollends zersetzt werden —. ®

## Die Zuckerknappheit

Anläßlich der gegenwärtigen Zuckerknappheit hat der Magistrat an den Preußischen Staatskommissar für Volksernährung nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Versorgung der Reichshauptstadt mit Zucker hat sich seit längerem sehr erheblich verschlechtert. Dem weitaus größten Teil der Bevölkerung ist es schon eine Reihe von Wochen hindurch kaum noch möglich, auch nur die für den Haushalt unbedingt erforderlichen Mengen sich zu beschaffen. Ebenso laufen vom Kleinhandel fortgesetzt Klagen über mangelhafte Belieferung mit Zucker durch den Großhandel ein. Im Bezirksamt Neukölln sind die dortigen Apothekenbesitzer vorstellig geworden und haben dringend die Belieferung mit Zucker gefordert, da sie außerstande wären, solchen im freien Handel zu erlangen. Aehnliche Klagerufe erschallen von allen Seiten. Nach Ansicht der leitenden Aerzte der Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen und auch nach Auffassung der städtischen Deputation für das Gesundheitswesen ist bei längerer Dauer des jetzigen Zustandes mit dem Auftreten ernster Gesundheitsstörungen, besonders bei jungen Flaschenkindern, zu rechnen. Die Zuckerwirtschaftsstelle hat auf unser Drängen nunmehr für den Monat Mai ein Quantum Zucker in Aussicht gestellt, das es ermöglichen soll, wenigstens für die Kinder im ersten Lebensjahr eine auf Milchkarten auszugebende Menge von zwei Pfund je Kopf sicherzustellen. Diese Maßnahme allein kann aber keinesfalls ausreichen. Wir bitten mit allem Nachdruck dafür besorgt sein zu wollen, daß baldigst eine wenigstens annähernd ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Zucker wieder erreicht wird.

Notwendig wäre es gewesen, auch auf die Tatsachen hinzuweisen, daß man bei Zahlung von Wucherpreisen Zucker erhält, und daß die Konditoreien ausreichend über Zucker verfügen.

## Der Ausbau des Neuköllner Hafen- und Industriegebiets

Nach den durch die langen Kälteperioden mehrfach erforderlich gewordenen Unterbrechungen der Bautätigkeit schreitet der Ausbau des Neuköllner Hafengebiets wieder eifrig fort. In Sonderheit sind die gegenwärtigen Arbeiten darauf eingestellt, eine schleunige Aufnahme des Industriebahnbetriebes zu ermöglichen. Die erforderliche Verbindung zwischen der Hafenbahn und der neuen Industriebahn ist bereits hergestellt, so daß die Beendigung der Gleisverlegungsarbeiten und damit die Inbetriebnahme der Bahn in 4 bis 6 Wochen zu erwarten steht. Von den Kunstbauten ist die Köllnische Alleebrücke in der Ausführung so weit vorgeschritten, daß sie bereits für den Fußgängerverkehr freigegeben werden konnte; für den Fuhrwerksverkehr soll sie im Laufe des Sommers fertiggestellt sein. Der Ausbau der Grenzallee wird sich wegen der umfangreichen Bodenbewegungen noch längere Zeit hinziehen, doch wird auch mit der Fertigstellung dieser Straße im laufenden Jahre gerechnet. Ueber die inzwischen fertiggestellte Brücke im Zuge der Straße 303 werden die Schüttungsarbeiten für die Fortsetzung der Industriebahn nach der Kiefholzstraße eifrig betrieben.

## Beschlagnahmte Hängematten

In der waldreichen Umgebung des Berliner Weichbildes ist es wiederholt vorgekommen, daß von übereifrigen Schutzpolizeibeamten, die die Wälder durchstreiften, Hängematten beschlagnahmt und deren Besitzer zu Bestrafung gemeldet worden sind, wenn die Hängematten nach Ansicht der Beamten den Baumwuchs schädigten. Es bestehen allerdings Forstpolizeivorschriften, wonach das Anbringen von Hängematten an jungen Bäumen verboten ist und auch bei älteren Bäumen der Stamm gegen das Einschneiden von Hängemattenschnüren durch Zwischenlegen geeigneter Stoffe geschützt werden soll. Aelteren, dicken Fichtenstämmen mit dicker Borke schadet die Hängematte gar nichts, während die dünnschäligen Laubhölzer besser ganz in Ruhe gelassen werden. Auch ist das Schaukeln zu vermeiden. Aber nirgends sind derartige Bestimmungen etwa so wie das Rauchverbot, öffentlich angeschlagen. Es bleibt also im allgemeinen dem Gefühl des einzelnen überlassen, wo und wie Baumstämme zu schonen sind. Die Presse aller Parteirichtungen hat sich stets und in jedem Frühjahr und Sommer lebhaft für den Waldschutz eingelegt. Es ergeht daher an alle Waldbesucher auf Wunsch der Forstverwaltungen auch gern die Mahnung, beim Gebrauch von Hängematten die nötige Vorsicht walten zu lassen.

Unzulässig ist es jedoch, wenn nicht genügend mit den Bestimmungen vertraute Schutzpolizeibeamte das Vorzeigen eines von der zuständigen Försterei ausgestellten Erlaubnisscheines zum Anbringen von Hängematten verlangen. Solche Scheine werden überhaupt nicht ausgestellt. Auch die Beschlagnahme von Hängematten, die heute recht teuer sind, soll nicht erfolgen. Wegen der durch die hohen Eisenbahntarife bedeutend verringerten Möglichkeit zu Erholungsreisen werden die Großberliner Waldgebiete noch mehr als früher von Erholungsbedürftigen aufgesucht. Der größere Zustrom erfordert gewiß nachdrückliche Mahnung zu erhöhtem Waldschutz, aber man soll auch das Publikum nicht allzu sehr bevormunden und durch überstrenge Maßnahmen verärgern.

**Nachtragsumlage zur Gewerbesteuer.** In den letzten Wochen sind den Gewerbetreibenden die Zahlungsaufforderungen wegen der Nachtragsumlage zur Gewerbesteuer zugestellt worden, die auf der Höhe des Zuschlages zur staatlichen Gewerbesteuer auf 1500 Prozent in Steuerklasse I, 1000 Prozent in Klaff II, 650 Prozent in Klasse III und 300 Prozent in Klasse IV beruhen. Zahlreiche Anfragen von Steuerpflichtigen zeigen, daß vielfach Zweifel über rechtliche Zulässigkeit einer derartigen nachträglichen Erhöhung der Gewerbesteuer bestehen. Zur Vermeidung erfolgloser Einsprüche sei deshalb darauf hingewiesen, daß nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts derartigen Nachtragsumlagen, welche zur Deckung eines im Laufe des Steuerjahres hervorgetretenen neuen Gemeindebedürfnisses bestimmt sind, keine unzulässige Nachforderungen bilden. Erforderlich ist jedoch stets ein neuer, den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes entsprechender Gemeindebeschluß innerhalb des Rechnungsjahres und seine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden. Dieser Gemeindebeschluß ist für die hier genannte Nachtragsumlage am 28. September 1921 gefaßt und am 7. Februar 1922 vom Oberpräsidenten genehmigt worden.

**Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.** Fast alle größeren Zahlungen an die Post — Einzahlungen auf Zahlkarten und Postanweisungen, Bezahlung von Wertzeichen, Fernsprechgebühren, Zeitungsgebühren, Mieten, Schließfachgebühren usw. — können unter gewissen Voraussetzungen bargeldlos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbank-

# USPD.

## Funktionär-Konferenz

**Am Donnerstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11, eine Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt.**

Tagesordnung:

1. **Genua und die internationale Arbeiterklasse. Referent: Genosse Crispien.**
2. **Presse und Klassenkampf. Referent: Genosse Dittmann.**

**Als Legitimation gelten Mitgliedsbuch und Funktionärkarten (lila und rot).**

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg USPD.**

# Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(66. Fortsetzung.)

„Guten Tag, Mutter! Wohin fährst du? Nach Tschistopol? Kenn' ich, bin dagewesen als Knecht bei einem reichen Tataren. Ussan Gubaidullin hieß er, war nicht mehr jung, aber noch ganz kräftig, ganz rot im Gesicht, und hatte drei Frauen. Die eine — Tatarin von Geburt — war noch sehr jung, ein spaßiges Weibchen — ich hatte mit ihr was vor...“

Er war überall gewesen und hatte dort, wo er gewesen, mit allen Weibern „etwas vorgehabt“. Er erzählte davon ganz harmlos und ruhig, als ob für ihn alles glatt und ruhig verlaufen wäre. Im nächsten Augenblick schon ließ sich seine Stimme irgendwo auf dem Hinterdeck vernehmen:

„Na, meine ehrlichen Leutchen, wie wär's mit einem Spielchen? Klopfspiel oder Dreiblatt oder Riemchen — wie? 'ne lustige Sache, das Kartenspiel, man sitzt da und nimmt Geld — richtig was für Kaufleute...“

Es war mir aufgefallen, daß er selten die Ausdrücke „gut“, „schön“, „schlecht“ gebrauchte, sondern dafür lieber „lustig“, „spaßig“, „zu dumm“ oder etwas Aehnliches sagte. Eine schöne Frau war für ihn ein „nettes Weibchen“, und einen sonnigen, warmen Tag nannte er ein „prächtiges Tagchen“. Eine besondere Vorliebe hatte er für den Ausdruck „spuck' drauf!“. Alle hielten ihn für einen Faulpelz, mir aber schien es, daß er seine schwere Arbeit vor dem Feuer in der stickigen, übelriechenden, glühenden Höllenatmosphäre ebenso gewissenhaft tat wie alle anderen, nur daß er nie, wie die andern Heizer, über Müdigkeit klagte.

Einmal war einer alten Frau, die mit dem Dampfer fuhr, der Geldbeutel samt der ganzen Barschaft gestohlen worden. Es war ein heller, stiller Abend, und an Bord war alles in guter Stimmung. Der Kapitän schenkte der Bestohlenen fünf Rubel, und die Passagiere sammelten gleichfalls für sie. Sie bedankte sich unter tiefen Verbeugungen und Bekreuzigungen und sagte:

„Aber, meine Lieben, da sind ja drei Rubel und zehn Kopeken mehr herausgekommen, als ich gehabt habe!“

„Behalt' sie doch, Mütterchen, mach' nicht erst viel Gerede!“ rief irgend jemand gutmütig. „„Drei Rubel kann man immer brauchen...“

Jakow aber trat an die Alte heran und schlug ihr allen Ernstes vor:

„Gib mir, was du zu viel hast, ich will mein Glück im Kartenspiel versuchen!“

Die Fahrgäste nahmen seine Worte als einen Scherz und lachten, er aber fuhr fort, die Alte zu bearbeiten, und als man ihn schließlich fortjagte, sagte er verwundert zu mir:

„Warum sich die Leute gleich einmischen! Sie scheint das Geld doch nicht nötig zu haben, und ich könnte es so gut brauchen...“

Blanke Münzen machten ihm Spaß, er liebte es, während er sprach, ein Silber- oder Kupferstück an seiner Hose zu polieren und dann aufmerksam zu betrachten. Sonst jedoch lag ihm nicht viel an Geld. Einmal schlug er mir vor, mit ihm eine Partie Klopfspiel zu machen, und als ich sagte, ich könne keine Karten spielen, meinte er erstaunt:

„Du kannst keine Karten spielen? Und dabei kannst du schreiben und lesen! Dann muß ich dir's doch gleich beibringen. Spielen wir erst mal zum Spaß um Zucker...“

Er gewann mir ein halbes Pfund Würfelzucker ab und schob ein Stück nach dem andern hinter seine zottige Backe. Als er dann fand, daß ich bereits gut genug spiele, schlug er mir vor:

„Jetzt wollen wir im Ernst spielen, um Geld. Hast du Geld?“

„Fünf Rubel hab' ich.“

„Und ich habe zwei und 'nen Zehner.“

Er nahm mir natürlich sehr rasch mein Geld ab. Ich wollte den Verlust wieder wettmachen, setzte mein gutes Wams, das fünf Rubel gekostet hatte, und — verlor. Auch ein Paar neue Stiefel zu drei Rubeln gingen flöten. Da meinte Jakow ärgerlich:

„Nein, du kannst nicht spielen, du bist viel zu hitzig — gleich Wams und Stiefel drangeben, das geht nicht. Da, nimmt deine Sachen und dein Geld zurück, nur einen Rubel behalt' ich als Lehrgeld... Einverstanden?“

Ich war sehr froh und drückte ihm meinen Dank aus.

„Ach, was — Dank!“ erwiderte er. „Spiel ist eben Spiel, eine Belustigung heißt das, und du machst eine Prügelei draus. Auch bei 'ner Prügelei soll man übrigens nicht hitzig sein, sondern mit Berechnung zuschlagen. Was erreichst du schließlich mit deiner Hitze? Du bist jung, mußt dich beherrschen lernen. Merk' dir das, mein Junge!“

Mancher Zug in seinem Wesen erinnerte mich an die Großmutter und gefiel mir sehr, doch stieß mich andrerseits seine vollkommene Gleichgültigkeit gegen die Menschen heftig ab. Eines Tages war ein Passagier zweiter Klasse, ein dicker Kaufmann aus Perm, in der Betrunkenheit über Bord gefallen — in der von der untergehenden Sonne beleuchteten goldig-roten Flut schlug er mit Händen und Füßen um sich und stieß ein markerschütterndes Geschrei aus. Die Maschine stoppte, die Räder schlugen das Wasser zu brausendem Schaum, und in dem blutig gefärbten Meere von Gischt schwamm, schon ganz weithinten, der zuckende, dunkle Körper. Die Passagiere liefen schreiend durcheinander, der gleichfalls betrunkene Freund des Verunglückten, ein rothaariger Glatzkopf, schlug auf alle mit den Fäusten los, wollte durchaus über Bord springen und schrie: „Weg da! Ich werde ihn gleich kriegen...“

Zwei Matrosen schwammen mit langen Sätzen dem Abgestürzten nach, das Rettungsboot ward vom Verdeck heruntergelassen, mitten durch die Kommandorufe aber und das Angstgeschrei der Frauen ließ sich ruhig und sicher Jakows heisere Stimme vernehmen:

„Er muß ertri—inken, unbedingte ertrinken, weil er nämlich den langen Rock anhat! In langen Kleidern muß einer ja untergehen. Die Weiber zum Beispiel — warum ertrinken die viel leichter als die Männer? Weil sie Röcke anhaben. Fällt so ein Weib ins Wasser, geht's gleich wie ein Pudgewicht auf den Grund.. Da, seht — er ist richtig ertrunken! Wenn ich's sage, stimmt's schon!“

Der Kaufmann war in der Tat ertrunken. Zwei Stunden lang suchte man ihn, ohne ihn zu finden. Sein Freund, der inzwischen nüchtern geworden war, saß traurig auf dem Hinterdeck und murmelte schwer atmend vor sich hin:

„Das ist nun unsre Spritzfahrt! Was fang' ich jetzt an? Was soll ich seinen Leuten sagen? Er hat nämlich Familie...“

(Fortsetzung folgt.)

schecke, Postüberweisungen, Postschecke, Privatbankschecke und Platzanweisungen beglichen werden. Ueberweisungen und Schecke von Behörden und bestätigte weiße Reichsbankschecke gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch sonst werden Zahlkarten und Postanweisungen abgesandt und Wertzeichen ausgehändigt, ohne daß die Gutschrift abgewartet wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Bestellpostanstalt schriftlich zu beantragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise berechtigen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück-, weiter- oder zum Protest zu geben sind. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

**Die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit".** Auf Grund wiederholter Anfragen teilen wir mit, daß die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" laut Inserat vom Sonntag, dem 30. April, am Montag, dem 29. Mai, 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, stattfindet.

**Erhöhung des Wasserpreises.** Für das Versorgungsgebiet der aus den bisherigen Gemeindewasserwerken, nämlich den ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Lichtenberger, Spandauer, Pankower, Reinickendorfer, Tegeler, Hermsdorfer, Rosenthaler, Nieder- und Hohenschönhausener, Köpenicker Wasserwerken und dem früheren Verbandswasserwerk Alt-Glienicke mit Wasser belieferten Teile der Stadt Berlin ist der Preis für 1 Kubikmeter aus dem Wasserrohrnetz abgegebenen Wassers vom 5. Mai 1922 ab auf 2,50 M. festgesetzt. Die neben dem Wasserpreis bisher erhobenen Gebühren bleiben bis zur Einführung einheitlicher Wasserlieferungsbedingungen bestehen.

**Flugpost nach Moskau.** Ab 1. Mai Flugpostverbindung Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau, erstmalig am 1. Mai und weiter jeden Donnerstag und Sonntag aus Königsberg 9 Uhr morgens, an Smolensk 4.15 nachm., an Moskau 7.45 abends. Anschluß hierzu aus Berlin am vorhergehenden Abend (30. April, und weiter jeden Mittwoch und Sonnabend) mit Zug D 3 Berlin—Insterburg (10,34 abends ab Schles. Bhf., 8,43 vorm. an Königsberg). Günstigste Auflieferung beim Postamt Berlin C. 2 (König-, Heiligegeiststr.): hier Schlußzeit 9,30 abends. Zurück: Jeden Mittwoch und Sonntag 6,30 vorm. ab Moskau, 10 Uhr vorm. ab Smolensk, 3,15 nachm. an Königsberg. Zugelassen nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten. Gebühren: die gewöhnliche Auslandsgebühr und ein Flugzuschlag von 8 Mark für die Postkarte und für 20 Gramm eines Briefes.

**Neue Erhöhung der Posttarife in Sowjetrußland.** Die Sowjetregierung hat wiederum eine Erhöhung der Posttarife vorgenommen. Ein Auslandsbrief kostet zurzeit 200 000 Rubel (d. i. 20 Rbl. Muster 1922), ein Inlandsbrief 50 000 Rubel (d. i. 5 Rbl. Muster 1922), Einschreibegebühr 100 000 (10 Rbl.). Das Fernsprechabonnement ist auf 50 bis 150 Millionen Rbl. jährlich festgesetzt.

**Aenderungen bei der Straßenbahn.** Nach Einrichtung der neuen Ringlinie 4 ist der an sich schon geringe Sonntagsverkehr der Linie 17 noch weiter zurückgegangen und kann von der neuen Linie 4 zwischen Gotzkowskystraße und Potsdamer Bahnhof ohne weiteres aufgenommen werden. Auf der Strecke zwischen Greifswalder Straße und Potsdamer Straße hingegen bieten die Linien 60, 62 und 162 ein ausreichendes Platzangebot. Im Hinblick darauf, daß ein Ausflugsverkehr auf der Linie 17 nicht in Betracht kommt, wird vom 7. Mai d. Js. ab diese Linie an Sonn- und Feiertagen nicht mehr verkehren. — An Stelle der Linienbezeichnungen in römischen Ziffern werden vom 11. d. Mts. ab Bezeichnungen in arabischen Ziffern eingeführt. Es erhält dann Linie I (Südring) die Nummer 6, Linie III, Swinemünder Str. bis General-Pape-Str., die Nummer 140, Linie V, Neukölln—Händelplatz, die Nummer 106. Die Maßnahme, die aus den Kreisen der Fahrgäste wiederholt angeregt worden ist, bezweckt, durch die Aenderung der Ziffernart in Zukunft Verwechselungen vorzubeugen.

**Keine Verlegung der Stadtbibliothek.** Der Ausschuß für das städtische Bildungswesen hat am 8. Mai 1922 einstimmig beschlossen, die vom Magistrat angeregte Verlegung der Stadtbibliothek aus dem Marstall abzulehnen. Es ist ferner beschlossen worden, die Leihgebühr für die Empfangsscheine in den städtischen Büchereien von 10 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen, vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden.

**Die Eröffnung der diesjährigen großen Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof** erfolgt am 20. Mai 1922, vormittags 11 Uhr.

**Gefährliche Kriegserinnerungen.** Sonntag abend gegen 7½ Uhr zündete der 29 Jahre alte Schuhmacher Franz Meller aus Neukölln auf dem Tempelhofer Felde ein Freudenfeuer an und warf aus reinem Uebermut — vielleicht auch in der Ueberzeugung, daß sie unschädlich sei — alte aus dem Felde als Erinnerung mitgebrachte Munition in die züngelnden Flammen. Sofort erfolgte eine heftige Explosion und durch Sprengstücke wurde Meller an der rechten Hand schwer, der neben ihm stehende 56 Jahre alte Arbeiter Franz Süring aus Neukölln am rechten Knie ebenfalls schwer verletzt. Ferner erlitten der 12jährige Schüler Kurt Matthies am rechten Unterschenkel und der Schüler Erwin Paschke an der rechten Hand Verletzungen. Der Zustand von Meller und Süring waren so ernst, daß sie nach dem Neuköllner Krankenhause transportiert werden mußten.

**Zur Aufklärung des geheimnisvollen Vorgangs an der Waisenbrücke** hat sich ein junger Mann gemeldet, der die Tote kennen will. Sie soll eine Betty Dohmke sein, die er vor einiger Zeit kennengelernt haben will. Der junge Mann bekundet, daß er den silbernen Fingerring mit dem Teufelskopf bei ihr gesehen habe. Sie habe ihm gegenüber geäußert, daß sie mit ihrem bisherigen Leben aufräumen wolle. Der junge Mann schließt daraus, daß sie Selbstmord begangen habe. Betty Dohmke soll in Mariendorf eine Schwester haben. Die Nachforschungen nach dieser Richtung sind jedoch erfolglos geblieben. Ein Mädchen namens Dohmke war bisher in Mariendorf nicht zu ermitteln. Weitere Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Galzow und Bünger entgegen.

**Zwischen Trittbrett und Bahnsteig.** Sonntag abend gegen 8¾ Uhr wollte die 38 Jahre alte Frau Maria Barkowska aus der Petersburger Str. 17 nach einem Ausfluge vom Bahnhof Friedrichshagen nach Hause fahren. Als sie den Bahnsteig betrat, fuhr der fahrplanmäßige Zug gerade aus der Halle. Trotz warnender Zurufe versuchte sie, noch mitzukommen, glitt beim Aufspringen aber aus und geriet zwischen Trittbrett und Bahnsteig. Sie erlitt so schreckliche Quetschungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde dem dortigen Schauhause zugeführt.

**Zu dem Leichenfund im Teltow-Kanal** erfahren wir, daß der Tote als ein 22 Jahre alter Pol.-Unterwachtmeister der Kraftwagenstaffel Friedrichshain Otto Kernke festgestellt ist. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, wird noch untersucht. Wie sein Vater bekundet, war er ein guter Schwimmer. Ohne Zweifel hat er deshalb seine Taschen mit Sand beschwert und sich die Hände gefesselt, um sicher den Tod zu finden.

# Gewerkschaftliches

## Betriebsrätewahlen bei der Reichseisenbahn

Die deutschen Reichseisenbahnen stehen, als einheitlicher Betrieb betrachtet, nicht nur in ihrer Größe, sondern auch wegen ihrer organischen Geschlossenheit einzig da in der Welt. Sie bilden einen einzigen Wirtschaftsbetrieb von gewaltigstem Umfang und unendlicher Vielseitigkeit, und ihre über das ganze Land, von Grenze zu Grenze gedehnten Schienenstränge erscheinen wie ein überzeugendes Abbild der inneren Verflechtung aller Wirtschaft. Durch das Betriebsrätegesetz ist es nun möglich geworden, dem Verwaltungsaufbau dieses großen Organismus ein neues Glied einzufügen, das den Gedanken, daß die Eisenbahnen der Gesamtheit gehören und zu dienen haben, ideell und praktisch zum Ausdruck bringt: Das stufenweise aufgebaute Rätesystem, vom Betriebsrat ansteigend über den Bezirksbetriebsrat zum Hauptbetriebsrat. In diesem System von Betriebsräten liegt der Keim und Antrieb zur Umwandlung des fiskalisch-egoistischen, mit den Interessen des Kapitals mehr oder weniger verkoppelten Verwaltungssystems in eine von wahrhaft gemeinnützigen Interessen ausgehende und bewußt auf die Sozialisierung der Verkehrswirtschaft hinsteuernde Wirtschaftsführung.

Die Neuwahlen der Betriebsräte der Reichseisenbahnen, die am Mittwoch, den 10. Mai im ganzen Reiche stattfinden, sind daher eine Aktion von großer Bedeutung. Der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband, der bisher über die Mehrheit der Mandate verfügte, steht hier in einem Kampfe, der das Interesse der gesamten Arbeiterklasse berührt. Die Betriebsräte des DEV. sind während der Dauer ihrer Tätigkeit der fiskalischen Borniertheit wie der kapitalistischen Ausbeutungssucht stets in gleicher Weise entgegengetreten. Durch ihr zielbewußtes Auftreten sind sie in kurzer Zeit zu einer bei Freund und Feind angesehenen Macht geworden. In allen Fragen der Wirtschaftsführung wie der Arbeitsbedingungen erwiesen sie sich als geschickte und tatkräftige Vertreter der Arbeiterschaft.

Der Charakter der Gegner des DEV. wird durch zwei Erscheinungen aus neuester Zeit gekennzeichnet. Die christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat sich in der Frage der Reform der Eisenbahnwirtschaft festgelegt auf die sogenannte gemischtwirtschaftliche Unternehmungsform. Ein Vorschlag, der von den christlichen Gewerkschaften zu diesem Zwecke schon vor einiger Zeit formuliert worden ist, deckt sich im Prinzip völlig mit dem neuen „Gutachten" des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Wie dieses Gutachten, so würde auch jener Plan der Christen zum Siege des nach dem Besitz der Eisenbahnen greifenden Großkapitals über das Gemeininteresse führen, das den Verbleib der Bahnen im Reichsbesitz erheischt. Der Allgemeine Eisenbahner-Verband aber, welcher der Hirsch-Dunckerschen Richtung angehört, hat sich im Kampfe um die Forderungen der Arbeiterklassen von jeher als ein Musterbeispiel der Unzuverlässigkeit erwiesen. Neuerdings geht es um den Achtstundentag. Für die Eisenbahner ist diese Frage unmittelbar zur Debatte gestellt worden durch das in der Vorbereitung befindliche Eisenbahn-Arbeitszeitgesetz. Herr Erkelenz nun, das geistige Haupt der Richtung, zu der sich der AEV. zählt, hat jüngst erst in Zeitungsartikeln eine große Nachgiebigkeit in diesem Punkte bekundet, um es gelinde auszudrücken. Die vom Niendorfschen „Kartell" — einer unbedeutenden Splitterorganisation von ca. 4—5000 Mitgliedern — zum Hauptbetriebsrat und Hauptschlichtungsausschuß eingereichten Vorschlagslisten, wurden im letzten Moment zurückgezogen und Stimmenenthaltung proklamiert.

Die neueste Errungenschaft stellt unstreitig die auf Befehl der KPD.-Gewerkschaftszentrale eingereichte „Liste der revolutionären Betriebsräte" dar. Wir erwarten, daß die Eisenbahner dem Moskauer Einheitsheuchler die richtige Antwort geben und die ihnen zugemutete Zersplitterung der Kräfte, die einzig und allein den Harmonievereinen Nutzen bringt, restlos ablehnen.

Die Verbände, die bei den Betriebsrätewahlen als die Gegner des DEV. auftreten, sind in den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Arbeitsbedingungen gleichermaßen verdächtig. Darum kommt bei diesen Wahlen alles auf die Stärkung des Einflusses des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in den Betriebsräten an. Für den Hauptbetriebsrat beginnt die Liste des DEV. mit dem Namen des Genossen Johann Hatje, für den Hauptschlichtungsausschuß, der gleichzeitig neu gewählt wird, mit Hermann Hage. Die Stimmzettel tragen das Kennwort: **Deutscher Eisenbahner-Verband.** Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft, sowie vor allem die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Beamten haben in Gemeinschaft mit unsereren Eisenbahnern am 10. Mai alles daran zu setzen, daß der Deutsche Eisenbahner-Verband den vollen Sieg erringt.

## Zur Wahl bei den graphischen Hilfsarbeitern

Am 14. Mai finden die Wahlen zur Ortsverwaltung im Graphischen Hilfsarbeiter-Verband statt. Die sogenannte „Opposition", die an den Arbeiten des Vorstandes kein gutes Haar ließ, mußte aber notgedrungen erklären, daß die jetzigen Angestellten seit Antritt ihrer Stellung für die Organisation gute Arbeit geleistet hätten! Nur die Lohnpolitik des Vorstandes sei ein Stein des Anstoßes gewesen, gegen die sich jene Opposition richte. — Jene Leute vergessen aber, daß der Ortsvorstand in letzter Linie für diese Politik gar nicht verantwortlich ist, da ja die Löhne reichstariflich mit den Buchdruckern verhandelt und abgeschlossen werden. Hoffentlich ersieht die Berliner Kollegenschaft hieraus, daß bei der jetzigen Leitung der Zahlstelle ihre Interessen vollends gewahrt werden, und möge sie sich erinnern am Tage der Wahl der Ausführungen dieser „Oppositionskandidaten". **Kolleginnen, Kollegen übt am Sonntag, den 14. Mai, alle euer Wahlrecht aus und wählt die**

**Liste 1.**

## Lohn- und Tarifkampf im Bäckergewerbe

Wie uns mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen im Bäckergewerbe über den Lohn- wie auch den Manteltarif ein jähes Ende erfahren, da die Arbeitgeber es den Verbandsvertretern unmöglich machten, weiter zu verhandeln.

Haben doch die Arbeitgeber der Arbeiterschaft einen Gegentarifvorschlag überreicht, nach welchem wohl die „ordnungsmäßig" gelernten Bäcker einen Tarif erhalten sollen, aber die anderen Beschäftigten ausfallen sollten, ein ganz unmögliches Verfahren. Nach den Erfahrungen der Organisation sollen die Bäckermeister sogar die Erhöhung des Lohnes damit abgelehnt haben, daß sie es nicht verantworten können, daß das Brot dadurch übermäßig verteuert wird! — Die Bäckermeister als der Schutzwall der Bevölkerung gegen Brotverteuerung. Wenn dies keine Satire ist, gibt es überhaupt keine mehr.

Hoffentlich werden die Bäckergesellen den anderen Arbeitnehmergruppen in den Bäckereien die Solidarität wie bisher halten. Dann wird der Arbeitgeberanschlag verpuffen.

Wie wir noch erfahren, sollen in den Germaniasälen am Mittwoch in einer Versammlung die Bäcker zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung nehmen. Trotzdem an diesem Abend Zahlabend ist, werden die Berufsangehörigen gut tun, vollzählig dort zu erscheinen und ihren Willen bekunden, damit die Verbandsleitung wie auch die Verhandlungskommission dementsprechend handeln kann. Denn Not kennt kein Gebot.

## Ausschußtagung des A.D.G.B.

Am 2. und 3. Mai fand die 17. Tagung des Ausschusses des ADGB. statt, in der Leipart dem verstorbenen Bergarbeiterführer Hué zunächst einen Nachruf widmete. Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit dem Kampfe der Metallarbeiter in Süddeutschland. Er nahm einen Beschluß an zur materiellen Unterstützung der Kämpfenden, den wir bereits veröffentlichten. Die Kommission, die eingesetzt wurde, um gemeinsame Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks auszuarbeiten, legte einen neuen Entwurf vor, der mit einigen Aenderungen angenommen wurde und dem Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden soll. Zum Arbeitsgerichtsgesetz sprach Hermann Müller, der erklärte, daß die Regierung von allen guten Geistern verlassen gewesen sein mußte, als sie jenen Entwurf durch das Reichsarbeitsministerium einbrachte. Eine einstimmig angenommene Entschließung bringt zum Ausdruck, daß dieser Referentenentwurf nicht die Zustimmung des Ausschusses des ADGB. finden könne. Der Entwurf will nämlich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Sondergerichte beseitigen und Arbeitsgerichte bilden, die den Amtsgerichten angegliedert sind.

Für unannehmbar erklärte auch der Ausschuß die geplante Zulassung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten. Die zahlreich eingegangenen Anträge zum Gewerkschaftskongreß konnten nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit behandelt werden. Deshalb vertagte der Ausschuß die Aussprache darüber bis zur nächsten Tagung.

**Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser.** Donnerstag, abends 6½ Uhr, im Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25, Branchenversammlung. Tagesordnung: Wahl der Branchenkommission. Vollzähliges Erscheinen Pflicht. — Die Fraktion.

**Graphisches Gewerbe.** „Die Opposition", Organ des graphischen Aktionsausschusses Nr. 4/5 ist erschienen und heute ab 4 Uhr bei Baum, Stallschreiberstr. 47, abzuholen. Kolleginnen und Kollegen! Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat zum Schlage gegen uns ausgeholt und in seiner letzten Gauvorsteherkonferenz das Verbot unseres Blattes angedroht. Die heutige Nummer enthält unsere Antwort darauf. Sorgt dafür, daß unser Blatt in alle Betriebe, in die Hände jedes Mitarbeiters gelangt. Das ist die beste Antwort, die wir auf diesen Angriff auf unsere Rechte geben können. Der graph. Aktionsausschuß.

# Parteiveranstaltungen

**Funktionärinnenversammlung für Groß-Berlin. Freitag abend 7 Uhr Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/9. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Jochin über: Unsere Kindergruppen. Diskussion. Wichtige Organisationsfragen. Pünktliches Erscheinen aller Funktionärinnen dringend notwendig.** Frauensekretariat.

### Dienstag, den 9. Mai.

9. Distrikt. (Wedding). Kommunale Kommission. Die Sitzung fällt heute umständehalber aus.

13. Distrikt. Abends 7½ Uhr, Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutz-Kommission in der Schule Schönfließer Str. 7.

Neukölln-Britz. Abends 7 Uhr, erste Elternversammlung der höheren Schulen, im Zeichensaal der Gemeindeschule, Rütlistraße. Es kommen folgende Schulen in Frage: Staatliches Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Realschule, 1. und 2. Lyzeum und die 3. Mittelschule. Alle Eltern, die auf dem Boden der freiheitlichen Schule stehen, sind hiermit eingeladen.

### Mittwoch, den 10. Mai.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Johannisthal. Abends 7½ Uhr, im Lokal Schreiner, Friedrichstraße 6, Generalversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

15. Verwaltungsbezirk. Adlershof. Der Zahlabend fällt aus, dafür am Donnerstag, den 18. Mai, Generalversammlung. Vortrag des Genossen Bock-Magdeburg über: „Genua und die Arbeiterklasse". Einladung erfolgt durch Handzettel. Zur Funktionär-Konferenz in der Brauerei „Königstadt" haben alle Funktionäre zu erscheinen.

19. Verwaltungsbezirk (Abteilung Niederschönhausen). Gemeinsamer Zahlabend, 7½ Uhr, im Gesangssaal des Realgymnasiums, Buchholzer Straße, Niederschönhausen-West. Zahlabend bei Buchmann, Sachsenstraße 9.

19. Verwaltungsbezirk. Pankow. Abends 7½ Uhr, Sitzung der Agitationskommission bei Hubert in Pankow, Damerow-, Ecke Mendelstraße. Das Erscheinen aller Mitglieder, auch der neugewählten, ist Pflicht.

2. Distrikt (1. Abteilung). Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Kulok, Kaiserstraße 41. Tagesordnung: Referat über die Bedeutung der weltlichen Schule. Referent: Genosse Hoffmann (sen.) Jeder Genosse muß erscheinen.

14. Distrikt (3. Abteilung). Abteilungs-Zahlabend bei Büttner, Schwedter Straße 23. Vorschläge für die Vorstandswahl. Anfang 7 Uhr pünktlich.

18. Distrikt. (Kreuzberg). Laut Generalversammlungsbeschluß findet der Zahlabend gemeinschaftlich für den ganzen Distrikt in der Schulaula, Wassertorstraße 31, statt. Tagesordnung: Wie stellt sich die Rathausfraktion zur Deckungsvorlage? Referent: Genosse Schwelkardt. — Bezirksführer müssen einladen.

18. Distrikt (Kreuzberg). Laut Generalversammlungsbeschluß wird der Zahlabend am Mittwoch gemeinschaftlich für den ganzen Distrikt abgehalten. Lokal: Schulaula, Wassertorstraße 31. Tagesordnung: „Wie stellt sich die Rathausfraktion zur Deckungsvorlage?" Referent: Genosse Schwelkardt. Die Bezirksführer müssen einladen.

19. Distrikt. (Kreuzberg). Zahlabend. 1. Abteilung: bei Teichner, Möckernstraße 92. — 2. Abteilung: bei Reichelt, Fidicinstraße 44 (Rest. Zur Sportecke). — 3. Abteilung: 115.—120. Gruppe bei Rößner, Bärwaldstraße 12.; 121.—122. Gruppe bei Vorbrecht, Bergmann-, Ecke Bärwaldstr.; 123., 214., 130. und 132. Gruppe bei Birler, Dieffenbachstraße 76; 131. Gruppe bei Krüger, Grimmstraße 1. — 4. Abteilung: Schulaula Dieffenbachstraße.

Lichtenberg-Stadt. Viertes Viertel. Gemeinsamer Zahlabend. Turnhalle Lückstraße 60. Abends 7 Uhr, Vortrag des Genossen Gerh. Seger: „Die Kampfmittel des Proletariats".

Lichterfelde. Zahlabend für West bei Lenski, Hindenburgdamm [illegible] und Süd bei Kraft, Heinersdorfer Str. 17. Wichtige Tagesordnung.

Treptow. Abends 7½ Uhr, Generalversammlung bei Pfeffer, Graetzstr. 11. Neuwahl des Abteilungsvorstandes.

Reinickendorf-West. Der Zahlabend, anschließend Mitgliederversammlung, findet für alle Gruppen im „Volkshaus", Scharnweberstraße 114, statt. — Sämtliche Genossen müssen erscheinen.

Spandau. Abends 7½ Uhr, Gruppenversammlungen: Gruppe 1 und 2 im Askanier, Fischerstraße, Gruppe 3 bei Grigoleit, Falkenhagener Str. 53, Gruppe 4 und 5, bei Kohlschmidt, Neuendorfer Str. 87, Gruppe 6 im Restaurant Nordhafen, Streitstraße, Gruppe 8 und 9 bei Wind, Pichelsdorfer Straße 5, Gruppe 10 bei Hoffenfelder, Pichelsdorfer Straße 47. Abteilung Siemensstadt bei Mischke und Abteilung Staaken in der Gartenstadtschule. — Wichtige Tagesordnung. Die Gruppenführer haben sofort die Mitteilungsblätter vom Genossen Guth abzuholen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kömeriner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

**Kleide Dich billig, elegant!**
**im Leihhaus Moritzplatz 58a**

Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer jetzt von 1800 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig. Pelzwaren. Kreuzfüchse 400 M. Iltis-Füchse, Blau-, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse. Sportpelze Gehpelze enorm billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzjacken. (Keine Lombardware)